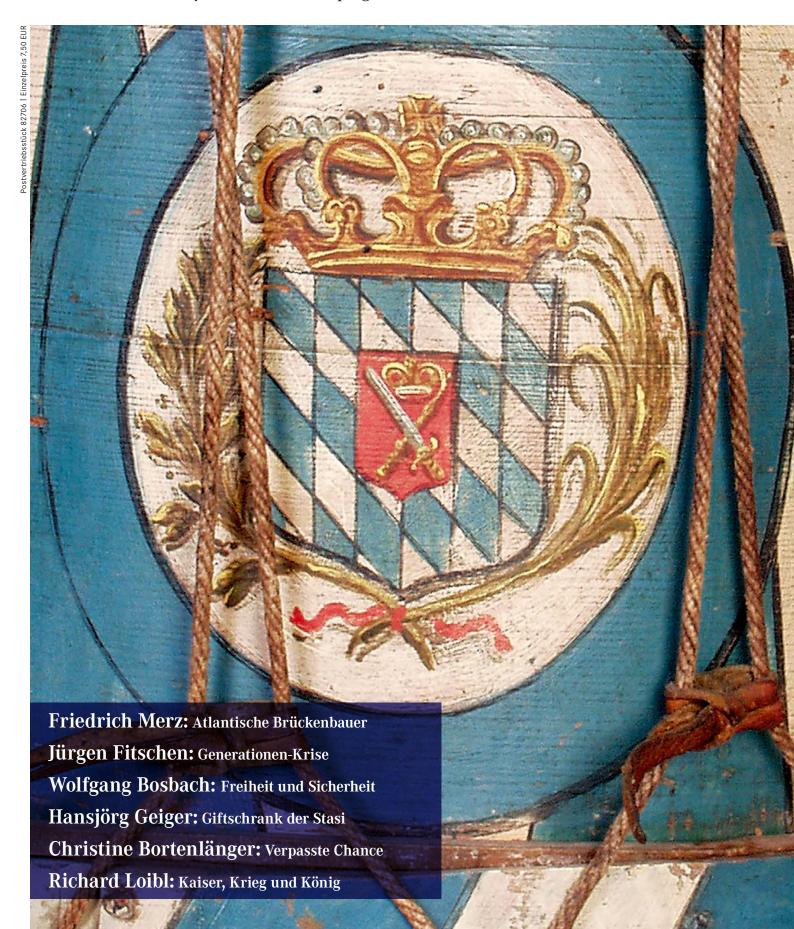


Der Peutinger Bayerischer Monatsspiegel

Magazin für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Ausgabe 10 51. Jahrgang / 2015







Europas Schrecken

Das griechische Drama lebt von schicksalhaften Verstrickungen und kennt kein Happy End. Nun ist ein ganzes Land zur Bühne einer schaurigen Tragödie geworden mit Millionen Menschen als schmerzleidender Gefangenenchor. Am Anfang stand nicht der Beitritt Hellas zur EU, Griechenland ist zweifelsfrei ein untrennbarer Teil Europas. Der Sündenfall war der Euro, den Theo Waigel den Griechen noch verweigerte, Gerhard Schröder, Hans Eichel und Joschka Fischer Athen wider besseres Wissen aber anboten.

Damit begann der Schrecken ohne Ende, wenn er auch anfangs für die Griechen wie eine immerwährende Sause auf Kosten anderer schien. Europa, zu feige, die Bilanztrickser zu stellen, schaute weg und zahlte und zahlt und wird auch weiter zahlen. Alternativlos, wie Angela Merkel meint und dabei ohne Roadmap auf Sicht fährt. Man muss der radikalsozialistischen Chaostruppe von Syrizas dankbar sein, dass sie anmaßend und stümperhaft zugleich der Gemeinschaft, die mit Kompromiss jedes Problem zu Grabe zu tragen pflegt, einen kräftigen Schrecken eingejagt hat. Nun gibt es zwei Alternativen: Weiterwursteln oder den mutigen

Schnitt wagen. Letzteres müsste die EU aber erst noch lernen.

Derweilen lenkt die griechische Tragödie ab von den viel größeren Herausforderungen: Den Flüchtlingsströmen, die manche Länder bereits überfordern, dem zunehmenden Nationalismus in den europäischen Staaten, dem hybriden Krieg, den Wladimir Putin an Europas Grenze führen lässt. Und von dem womöglich Bedrohlichsten: Den dramatisch wachsenden Schulden in Frankreich, gekoppelt mit einer zählebigen Reformverweigerung. Allein in den vergangenen drei Monaten ist das Minus in der Pariser Staatsbilanz um fast 52 Milliarden Euro gestiegen, alle Konsolidierungszusagen sind Versprechen ohne Wert. Kürzlich titelte die den Sozialisten nahestehende Le Monde: "Frankreich – ein Griechenland, das davon nichts wissen will." Der Schrecken ohne Ende geht in Europa noch lange nicht in Pension.

Peter Schmalz Chefredakteur

Peter Chang

Seite 1

Die Trommel, geschmückt mit dem bayerischen Rautenwappen und der frisch erworbenen Königskrone, kündet vor gut 200 Jahren von einer neuen Zeit. Unter ihren Klängen ziehen die Truppen an der Seite Napoleons aber auch in den Russlandfeldzug, von dem die meisten Soldaten nicht mehr heimkehren. Mehr über diese bayerischen Schicksalsjahre in dem Beitrag "Kaiser, Krieg und König" ab Seite 26.

AKTUELLES		KULTUR	
Vorwort	3	Siegfried Schneider Vielfalt	24
Kurz gemeldet	12	vierrait	26
Buchbesprechungen	15	Peter Schmalz	
Veranstaltungsvorschau 2015 / 2016	38	Aus dem Schatten Landesausstellung in Wittenberg	28
POLITIK UND WIRTSCHAFT		Richard Loibl Kaiser, Krieg und König Landesausstellung in Ingolstadt	30
Friedrich Merz Brückenbauer	5		I
Peutinger-Interview mit Hansjörg Geiger Blick in den Abgrund	9		
		PEUTINGER-COLLEGIUM	
Wolfgang Bosbach		550. Geburtstag von Konrad Peutinger – Großer Festakt in Augsburg	33
Demokratische Zwillinge	13	Junge Peutinger besuchen Wohngruppe junger Flüchtlinge	33
Hugo Müller-Vogg Halbzeit	16	Salzburger Rekord	33
Jürgen Fitschen Generationen-Krise	18	Veranstaltungen des Peutinger-Collegiums	s:
	,		
	•	Jürgen Fitschen	34
		Wolfgang Bosbach	34
		Wolfgang Marzin	34
Wolfgang Marzin Triebwerke der globalen Wirtschaft	22		
Christine Bortenlänger Verpasste Chance	24		
		Friedrich Merz	36
		Dr. Christine Bortenlänger	36
		Michael Hange	36
		Veranstaltungsvorschau 2015 / 2016	38



Friedrich Merz

A m 8. Mai jährte sich zum 70. Mal das Ende des zweiten Weltkrieges. Und in wenigen Wochen feiern wir den 25. Jahrestag der Vollendung der deutschen Einheit. Zwei Tage im Geschichtsbuch unseres Landes, die unterschiedlicher und gegensätzlicher nicht sein könnten. Und doch haben beide Tage eines gemeinsam: Ohne unsere amerikanischen Partner und Freunde wäre die deutsche Geschichte 1945 ebenso wie im Jahr 1990 wohl ganz anders verlaufen. Niemand kann sagen, wie sie verlaufen wäre; aber für Deutschland und Europa wäre sie sicher nicht besser verlaufen. Wir haben Amerika viel zu verdanken!

Doch Dankbarkeit hat in der Politik eine kurze Halbwertzeit, und Erinnerungen sind für eine junge Generation keine ausreichend tragfähige Grundlage, um Partnerschaften und strategische Bündnisse zu begründen. Das gilt auch für unser Verhältnis zu Amerika. Irakkrieg, NSA-Spionage und das abgehörte Handy der Kanzlerin bestimmen weit stärker das transatlantische Verhältnis als der dankbare Blick zurück in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts. Unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist über die Jahre kritischer und brüchiger geworden.

Aber wir brauchen ein tragfähiges und auch politisch gefestigtes Fundament mit Amerika, wenn

wir auf Dauer eine stabile Friedens- und Freiheitsordnung sichern wollen. Das gilt auch für den europäischen Kontinent. Und ohne Amerika werden wir Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Europa ebenfalls nicht bewahren können. Vor diesem Hintergrund bekommt die aktuelle Diskussion um TTIP eine eminent politische Bedeutung, auch wenn es in erster Linie ein Handelsabkommen ist.

Es war die Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit US-Präsident George W. Bush eine europäisch-atlantische Partnerschaft zu gründen, die von seinem Nachfolger Barack Obama aufgegriffen und mit dem Vorschlag verbunden wurde, ein transatlantisches Handels- und Investitions-



Beim Abschluss
des G-7-Gipfel auf
Schloss Elmau
erklärten Kanzlerin
Angela Merkel und
US-Präsident Barack
Obama, die Arbeit
an allen TTIP-Themen
zu beschleunigen.

abkommen zu schließen. Darüber wird seit einiger Zeit in der bei internationalen Abkommen üblichen Weise verhandelt: Die Regierungen erhalten ein Mandat und handeln im Auftrag der Parlamente. Im Falle der Europäischen Union haben die Mitgliedstaaten die Kommission beauftragt, die Verhandlungen zu führen.

Die Handelspolitik ist ohnehin der in Europa am tiefsten integrierte Bereich, die Mitgliedstaaten haben keine Befugnisse mehr, eigenständige Handelsabkommen abzuschließen. Bei TTIP sind die nationalen Parlamente nur deshalb noch beteiligt, weil es sich voraussichtlich um ein sogenanntes "Gemischtes Abkommen" handelt, das auch Regeln der technischen Normen, der Produktstandards und der Produktsicherheit betrifft, die in die Zuständigkeit der nationalen Gesetzgeber fallen. Deswegen muss das Abkommen auch von den 28 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Angesichts der hochemotionalen Diskussion vor allem im deutschsprachigen Raum tut es gut, sich zunächst noch einmal an den Kerngehalt des geplanten Abkommens zu erinnern. Da geht es zum einen um Zölle, die noch immer zwischen 5 und 35 Prozent liegen. Sie zu verringern oder zu beseitigen, bringt für viele Unternehmen erhebliche Erleichterungen und fördert neue Investitionen. Auch nichttarifäre Handelshemmnisse bei technischen Normen, Zulassungsverfahren und Standards sollen reduziert werden.

Bei der zweiten Säule des Abkommens geht es um Erleichterung und Schutz von Investitionen. Die Märkte sollen geöffnet werden und Investoren im jeweils anderen Kontinent die gleichen Bedingungen vorfinden wie im eigenen Land. Es soll keine Diskriminierung der Ausländer mehr geben, weder der Europäer in Amerika noch der Amerikaner in Europa. Zudem sollen Investitionen durch einen besonderen Investitionsschutz etwa vor enteignungsgleichen Eingriffen oder diskriminierender Ungleichbehandlung zwischen In- und Ausländern geschützt werden.

Dies wäre weitgehend unstreitig, gäbe es nicht die Schiedsgerichte, die für die Betroffenen ziemlich unerwartet vor allem in Deutschland zum Gegenstand schärfster Kritik geworden sind. Schiedsgerichte sind seit über 30 Jahren Standard in allen internationalen Handelsverträgen. Sie entstanden auf Betreiben der Deutschen, die insbesondre in Ländern mit noch wenig ausgeprägter Rechtskultur eine eigenständige Instanz haben wollten, um schnell und kostengünstig Investitionen zu schützen. Schiedsgerichte werden von den Vertragsstaaten mit qualifizierten Richtern besetzt aus der Richter- und der Anwaltschaft, wie wir das auch im Zivilrecht seit langer Zeit kennen.

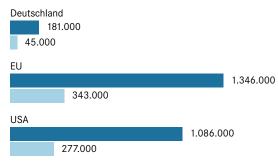
Diese Schiedsgerichte sollen auch in den Vertrag mit Amerika aufgenommen, und ich plädiere nachhaltig dafür, dabei zu bleiben. Die Amerikaner weisen zu Recht darauf hin, dass es in Europa Defizite in den rechtsstaatlichen Verfahren gibt, etwa die willkürliche Abberufungen und Neubesetzungen in der ungarischen Justiz. Oder die offensichtliche Ausländerdiskriminierung in Staaten wie Bulgarien und Rumänien und die rechtsstaatswidrige Langwierigkeit der Verfahren in Italien. Dort haben Amerikaner und auch Europäer sehr leidvolle Erfahrungen gemacht. Umgekehrt aber haben gerade deutsche Mittelständler gute Gründe, sich mit Nachdruck für Schiedsgerichte in Amerika einzusetzen. Man muß vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen raten, für Schiedsgerichte in den USA einzutreten statt den Weg zu den US-Gerichten gehen zu müssen. Auch diese Verfahren sind langwierig und extrem teuer. Und nicht zu vergessen: Die meisten Richterposten in Amerika sind politische Wahlämter. Ob deren Unabhängigkeit größer

Freihandelszone

Vier Buchstaben, die für viele Deutsche zum Kampfbegriff wurden: TTIP, zusammengesetzt aus den englischen Worten "Transatlantic Trade and Investment Partnership". Als Transatlantisches Freihandelsabkommen soll es ein völkerrechtlicher Vertrags zwischen der Europäischen Union und den USA sein, die Vertragsbedingungen werden seit Juli 2013 ausgehandelt. Durch den Abbau von Handelshemmnissen sollen Kosten gesenkt und das wirtschaftliche Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks gefördert werden. Das Abkommen zwischen den USA und der EU, die zusammen 46 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes darstellen, würde die global größte Freihandelszone entstehen. Kritiker rügen die Intransparent der Verhandlungen und fürchten, TTIP könnte zum Abbau von europäischen Standards und zur Dominanz amerikanischer Unternehmen führen.

SCHÄTZUNGEN ZU MÖGLICHEN FOLGEN DES ABKOMMENS

Zahl neuer Jobs



Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen



ist, als die Unabhängigkeit eines internationalen Schiedsgerichtshofs bei der Weltbank, das kann man mit gutem Recht bezweifeln. Sicher können die Verfahren verbessert und die Transparenz erhöht werden, wie dies gegenwärtig auch diskutiert wird.

Die dritte Säule von TTIP ist die eigentlich wichtigste, nämliche die schrittweise gegenseitige Anerkennung und spätere Harmonisierung der technischen Normen. Dessen Bedeutung können wir an den Erfolgen ablesen, die wir seit Jahrzehnten mit dem europäischen Binnenmarkt machen. Das Geheimnis dieses Erfolges ist weniger der freie Verkehr von Personen, Waren oder Kapital, so schön es ist, dass wir dieses alles haben. Das eigentliche Erfolgsgeheimnis des europäischen Binnenmarktes ist die schrittweise Anpassung der Normen in einem großen Markt. Und aus der Erfahrung mit die-

sem Binnenmarkt wissen wir ziemlich genau, dass diejenigen die Weltmärkte erobern, die in ihren möglichst großen Heimatmärkten in der Lage sind, technische Standards und Normen durchzusetzen.

Auch zu Beginn des europäischen Binnenmarktes vor 25 Jahren gab es heftige Kritik, an die ich mich als damaliges Mitglied des Europäischen Parlaments noch gut erinnere. Es gäbe einen Ausverkauf der Standards, die Lebensmittelsicherheit sei nicht gewährleistet, die Arbeitsstättenverordnung werde geschleift, selbst das Reinheitsgebot des deutschen Bieres sei nicht mehr zu halten. Rückblickend kann man sagen: Alle diese Befürchtungen waren ausnahmslos unbegründet, es gibt aus dieser Zeit nicht ein Argument gegen den europäischen Binnenmarkt, das nach einem Vierteljahrhundert der

Überprüfung standhielte. Und mit TTIP wird es genauso sein. Es wird keinen einzigen Aspekt geben, der nach der Öffnung des transatlantischen Marktes zu Nachteilen für die Verbraucher, für die Beschäftigten oder für die Unternehmen führt.

Aber ich gebe zu, es ist noch viel Arbeit im Detail zu leisten. So gibt es in einzelnen Rechtsbereichen ganz unterschiedliche Rechtsprinzipien. Wir Deutsche haben in Europa das sogenannte Vorsorgeprinzip durchgesetzt, wonach kein Produkt, kein Lebensmittel, kein Medikament in den Verkehr gebracht wird, das nicht vorher ausführlich getestet wurde, damit eine Gefährdung für Verbraucher mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus-

geschlossen ist. Die Amerikaner dagegen kennen das Haftungsprinzip. Dort gibt es zwar Standards und Zulassungsverfahren, die zum Teil sogar strenger sind als in Europa, aber gibt es eine Grundhaltung, die lautet: Bringt in den Verkehr, was geprüft wurde, aber wenn es schief geht, haftet ihr, und →

Mehr private Schiedsgerichtsstellen mit staatlicher Anerkennung soll ein neues Gesetz für Verbraucher schaffen, das das Bundeskabinett kürzlich verabschiedet hat.



Völkerverständigung

Die Erinnerungen an den schrecklichen Weltkrieg waren noch frisch, als 1952 Unternehmer, Publizisten und Banker sowie ein ehemaliger Weltbank-Präsident in Hamburg die Transatlantikbrücke gründeten, die vier Jahre später in Atlantik-Brücke umbenannt wurde. Das Elite-Netzwerk, das laut Satzung insbesondere die Völkerverständigung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Europa fördern soll, galt als eine der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen in Westdeutschland. Nach der Wiedervereinigung siedelte die Atlantik-Brücke nach Berlin um, wo sie im Magnus-Haus gegenüber dem Pergamon-Museum ihren Sitz hat. Der Verein finanziert sich durch Beiträge seiner rund 500 Mitglieder. Der frühere CDU-Politiker Friedrich Merz ist seit 2009 Vorsitzender.



zwar bis zur Gefährdung der eigenen Existenz. Das amerikanische Haftungsrecht mit seinen gigantischen Haftungssummen für Schadenersatz und Schmerzensgeld ist bekannt.

Hier eine einvernehmliche Lösung zu finden, wird nicht leicht sein, deshalb diskutieren die Verhandlungsführer eine Zwischenlösung: Dass beispielsweise Lebensmittel vorerst nur dann in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie den jeweils anderen Standards entsprechen, dass also amerikanische Lebensmittel nur dann in Europa angeboten werden dürfen, wenn sie voll und ganz den europäischen Standards entsprechen, und umgekehrt müssen deutsche und europäische Lebensmittel, die in Amerika in den Verkehr gebracht werden, den in Amerika geltenden Standards entsprechen. Es ist zwar nur die zweitbeste Lösung, die aber für die Verbraucher in Europa akzeptabel sein müsste.

TTIP-Gegner malen gerade bei der Lebensmittelsicherheit ein besonders düsteres Bild von Amerika. Tatsache aber ist: Die Zahlen der Erkrankungen und der Toten wegen verunreinigter Lebensmittel ist auf dieser Seite des Atlantiks signifikant höher als die Vergleichszahlen in den USA. Die Fakten sprechen hier eine klare Sprache, die Gefühlslage insbesondere in Deutschland ist eine ganz andere.

Der europäische Binnenmärkt belegt, was seit Jahrhunderten eine nicht zu bestreitende Tatsache ist: Offene Märkte, freier Handel und Warenaustausch über die Grenzen hinweg führen für alle Beteiligten zu mehr Wohlstand. Für das angestrebte transatlantische Abkommen gibt es viele Studien über die zu erwartenden Wohlstandsgewinne. Sie kommen zu unterschiedlichen Zahlen, haben aber eines gemeinsam: Sie kommen alle zu positiven Ergebnissen.

Doch TTIP geht weit über den rein ökonomischen Aspekt hinaus. Mit TTIP stellt sich die Frage, ob Amerikaner und Europäer miteinander noch partnerfähig sind. Und täuschen wir uns nicht: Die Welt um uns herum steht nicht still, und sie wartet nicht auf uns Deutsche und nimmt auch ziemlich wenig Rücksicht auf unsere Gefühlslage. Sie wartet auch

nicht auf die Europäer und die Amerikaner. Aber Amerika hat, anders als wir, drei Eisen im Feuer, denn es verhandelt parallel gleich drei Handelsabkommen. Ein kleines in Asien, das mittelgroße in Europa und das ganz große mit China und einer Reihe von weiteren Staaten des asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraums. Beim letzten Asien-Pazifik-Gipfel in Peking haben die Repräsentanten von rund 70 Staaten im Schlussdokument verabredet, für einen Wirtschaftsraum von 2,8 Milliarden Menschen ein gemeinsames Handels- und Investitionsabkommen zu schließen.

Amerika hat also mehrere Optionen, wir aber verhandeln zurzeit nur eine. Und täuschen wir uns nicht über gigantische Verschiebungen auf der Welt: Um 2050 wird die Weltbevölkerung bei etwa 10 Milliarden liegen. Mit viel Glück sind darunter 500 Millionen Europäer, also gerade noch fünf Prozent. Die dann hoffentlich noch 70 Millionen Deutsche wären gerade einmal 0,7 Prozent. Und neun von zehn Bewohnern werden in nur 45 Jahren weder Europäer noch Amerikaner sein.

Vor diesem Hintergrund erscheint die TTIP-Debatte in einem ganz anderen Licht. Noch sind Europa und Amerika als die größten Handelsnationen gemeinsam in der Lage, nicht nur technische Standards, sondern auch mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Modell Maßstäbe auf dieser Welt zu setzen. Wie aber wird das in drei oder vier Jahrzehnten sein, wenn schon heute die Mehrheit der Menschen nicht in offenen Gesellschaften und Demokratien lebt? Und offensichtlich gehören Marktwirtschaft und Demokratie gar nicht so eng zusammen, wie das unsere Lehrbücher sagen. Es gibt zwar keine Demokratie ohne Marktwirtschaft, aber es gibt eine ganze Reihe von marktwirtschaftsähnlichen Systemen ohne Demokratie. Ist das der Maßstab für das 21. Jahrhunderts? Oder sind unsere freiheitlichen Gesellschaften noch selbstbewusst genug, mit ihren demokratischen Werten wie Bürgerrechten, Religions- und Meinungsfreiheit die Maßstäbe zu setzen? Bei aller auch berechtigten Kritik an den USA stehen wir immer noch in einer Wertegemeinschaft mit Amerika. Nach unseren Maßstäben eines Rechtsstaates können weder die Russen noch die Chinesen die Partner sein, auf die wir uns in den nächsten Jahrzehnten stützen wollen. Und so bleibt Amerika auch im 21. Jahrhundert unser wichtigster Partner. Diese Partnerschaft zu sichern und möglichst zu festigen, kommt Deutschland eine große Rolle zu, ob wir das wollen oder nicht. Wenn der amerikanische Präsident in Europa anruft, dann wählt er die Nummer von Angela Merkel. Wer in Washington unterwegs ist, der mag erstaunt sein, mit welcher Intensität alle Gesprächspartner diese besondere Verantwortung Deutschlands sehen. Die Deutschen müssen einen strategischen Beitrag dazu leisten, dass Europa stark wird und einig bleibt, wir müssen aber auch in Europa dafür werben, dass wir Partner brauchen und partnerfähig bleiben. Nicht zuletzt TTIP wird dafür ein Prüfstein sein.▲



Friedrich Merz, am 11. November 1955 im sauerländischen Brilon geboren, studierte in Bonn und Marburg Jura, war Richter in Saarbrücken und fünf Jahre Europaabgeordneter, bevor er 1994 in den Bundestag einzog. Der spätere CDU-Fraktionsvorsitzende machte sich bald einen Namen als Wirtschaftspolitiker (Steuererklärung auf dem Bierdeckel), schied aber 2009 aus der Politik aus. Neben seiner Anwaltstätigkeit ist Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke.



4 O Jahre lang herrschte im Osten Deutschlands eine kommunistische Diktatur, vor einem Vierteljahrhundert brach der SED-Staat zusammen. Die Grausamkeit und Unmenschlichkeit dieses Systems war gespeichert in Millionen von Stasi-Akten. Der ehemalige bayerische Datenschutzbeauftragte und spätere BND-Präsident Hansjörg Geiger baute gemeinsam mit Joachim Gauck die Stasi-Unterlagenbehörde auf, die vor allem den Opfern Einblick geben sollte in die Akten. War es richtig, diesen Giftschrank zu öffnen? Und müssen 25 Jahre später selbst die Enkel noch immer Einblick bekommen in die von einem Unrechtsstaat gesammelten Daten über die intimsten Lebensbereiche ihrer Großeltern? Ja, sagt Geiger im Interview mit *Peutinger*-Chefredakteur zur ersten Frage, nein zur zweiten und fordert vom Gesetzgeber mehr Datenschutz.

Der Peutinger: Vor 25 Jahren haben Sie gemeinsam mit Joachim Gauck, dem heutigen Bundespräsidenten, eine der umstrittenen Organisationen der Nach-Wendezeit aufgebaut, die Stasi-Unterlagen-Behörde, besser bekannt als Gauck-Behörde. War dies – auch aus heutiger Sicht – richtig oder gar notwendig?

Hansjörg Geiger: Es war richtig und notwendig. Wir müssen uns 25 Jahre zurückversetzen, als die kommunistische Diktatur in der DDR von der Sozialistischen Einheitspartei beherrscht und erhalten worden ist. Für die SED war das Ministerium für Staatssicherheit "Schild und Schwert" der Partei. Das heißt, das MfS hat mit seinen Bespitzelungs- und Unterdrückungsmethoden ganz entscheidend zum Machterhalt der kommunistischen SED beigetragen. Diese Macht zu brechen, war eine der wesentlichen Aufgaben der Stasi-Unterlagen-Behörde.

Können Sie dies näher erläutern?

Es gab dafür drei Gründe: Erstens konnte durch die Öffnung der Akten verhindert werden, dass ehemalige offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheit-Apparates in die neu zu gründenden rechtsstaatlich agierenden Behörden eintreten. Zweitens sollte DDR-Bürgern die Möglichkeit eröffnet werden, zu erfahren, ob, und wenn ja, welchen Einfluss das MfS auf die eigene beruf-

liche Laufbahn genommen hat und weshalb Karrierewünsche gescheitert sind. Und drittens sollte dem Einzelnen auch klar werden können, wer aus dem eigenen Umfeld an die Stasi berichtet hat, um daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen zu können.

Damals aber warnten viele vor dem Gift dieser Akten. Ministerpräsident Lothar de Maizière fürchtete sogar, es würde Mord und Totschlag geben.

Diese Gefahren sahen damals viele. Auch der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble stand einer Öffnung der Akten sehr kritisch gegenüber. Gottseidank hat es keine Racheaktionen gegeben. Die Leute, die selbst Schlimmstes aus den Akten erfahren mussten, haben keineswegs mit Gift und Galle reagiert. Der Reinigungseffekt trat ein, ohne dass es zu den von manchen befürchteten Reaktionen kam.

Viele Stasi-Opfer waren erschüttert von dem, was sie in den Akten lasen. Erinnern Sie sich an ein Schicksal, das Sie besonders berührt hat?

Ich kenne viele Beispiele, die mich erschüttert haben. Aber am meisten berührt hat mich der Fall, in dem Eltern die Staatssicherheit informiert haben über die Gedankenwelt ihrer Tochter. →

Brisante SED-Hinterlassenschaft: 16.000 Säcke, gefüllt mit zerrissenen Teil davon konnte in mühsamer Handarbeit rekonstruiert werden. Inzwischen hat das Fraunhofer-Institut tronische Rekonstruktion entwickelt.

Stasi-Akten. Erst ein kleiner ein Programm für eine elek-

"Wenn wir heute junge Leute von den Vorzügen der Demokratie überzeugen wollen, müssen wir an praktischen Beispielen wie der DDR daran erinnern, was es bedeutet, wenn man keinen Rechtsstaat hat."

Hansjörg Geiger



Die junge Frau musste die Schule verlassen, durfte kein Abitur machen und konnte demzufolge nicht studieren. Sie musste einen Berufsweg einschlagen, der ihren intellektuellen Fähigkeiten keineswegs entsprach.

Was trieb diese Eltern?

Das war aus den Akten nicht zu erkennen. Ich vermute eine starke Verblendung und Hingabe zu einem Staat, den sie gegen vermeintliche Feinde von außen wie von innen schützen zu müssen glaubten. Wir wissen auch von Kindern, die ihre Eltern verraten haben. Das Ministerium für Staatssicherheit hat infam und ganz bewusst die Schwächen der Menschen - wie Eitelkeit, Konkurrenzkampf, Neid gegenüber dem Nachbarn - ausgenutzt, um ihren Repressionsapparat zu erhalten.

Viele waren nach dem Blick in die Akten am Boden zerstört. War es aber nicht auch die Chance für einen Neubeginn?

Beides. Man muss zwei Phasen unterscheiden. Zuerst steht Entsetzen und Fassungslosigkeit, nachdem eine Welt zusammengebrochen war. Manche meinten, sie könnten gar nicht mehr weiter denken. Nachdem sie sich darüber klar geworden waren, dass das Vertrauen zerstört ist, konnten die meisten die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen ziehen und sich eine neue Basis aufbauen. Es gab sogar Fälle des Verzeihens. Herrn Gaucks und meine Hoffnung war auch, dass die Öffnung der Akten die Täter animieren würde, von sich aus den ersten Schritt zu tun und nicht erst abzuwarten, bis möglicherweise der Betroffene die Akten sieht. Aber das war leider sehr selten der Fall.

Wäre es für manchen nicht besser gewesen, er hätte nie in diesen Abgrund geblickt?

Vor kurzem war ein Fall in einer Berliner Zeitung zu lesen. Da hat ein inzwischen im Ruhestand befindlicher Sohn die Akten seiner verstorbenen Eltern eingesehen und dabei erstmals erfahren, dass der Vater als Agent für den Westen gearbeitet hatte. Am Ende des Artikels sagt er, hätte ich die Akten doch nie gesehen. Das Bild der Eltern ist für ihn schwer gestört worden. Ich meine aber, die Entscheidung der Eltern, die Kinder nicht in die frühere Tätigkeit einzuweihen, ist zu respektieren.

Sie waren in Bayern Datenschutzbeauftragter, bevor Sie in Berlin die Stasi-Unterlagen-Behörde aufgebaut haben. War Ihnen nicht von Anfang an unwohl bei dem Gedanken, mit dieser Behörde mit dem Datenschutz in Konflikt zu kommen?

Im Juni 1990, also noch vor der Wiedervereinigung, bat mich der Chef des Bayerischen Verfassungsschutzes um ein Gespräch. Er wirkte sehr ernst und sagte, man habe aus der noch bestehenden DDR MfS-Akten bekommen, die Mitarbeiter des Amtes beträfen und auch sehr private Dinge enthielten. Was solle er damit tun? Meine Reaktion war klar: Die Akten müssen Sie vernichten; eine Verwendung wäre datenschutzwidrig.

Und dieser bayerische Datenschützer baut wenige Monate später die Gauck-Behörde auf und handelt gegen seine eigene Meinung?

Wer mit Stasi-Akten arbeitet, der weiß, dass er mit äußerst problematischem, Persönlichkeitsrechte und Menschenwürde missachtendem Material umgeht. Mit Akten, die aus unserer rechtsstaatlichen Sicht als verfassungswidrig gewonnen anzusehen sind. Wer das Stasi-Unterlagen-Gesetz liest, und ich hatte daran mitgewirkt, der wird feststellen, dass es eine Art Spezial-Datenschutzgesetz ist. Viele Datenschutz-Formulierungen finden sich nur eben speziell auf die Stasi-Akten zugeschnitten.

Das hört sich nach einer Gratwanderung an.

Wir haben versucht, dem Wunsch der DDR-Volkskammer und der Bürgerrechtler nach Öffnung der Akten nachzukommen, aber auch die Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte so weit wie möglich zu reduzieren. In der notwendigen Abwägung mussten wir es zumindest für eine gewisse Zeit hinnehmen, dass dabei das Persönlichkeitsrecht dritter Personen, deren Namen auch in den Akten stehen, tangiert werden kann.

Dieses Gesetz gilt heute noch. Muss das ewig so weitergehen?

Nein, uns muss klar sein: Vor 25 Jahren lag eine Sondersituation vor, die für die Öffnung der Akten sprach, Dies ist inzwischen auch weltweit beispielgebend. Aber schon damals hatten wir eine zeitliche Begrenzung der Aktennutzung und weitere Schutzmechanismen vorgesehen. Beispielsweise war dem Einzelnen das Recht eingeräumt, dass er nach fünf Jahren den Antrag stellen kann, dass seine Stasi-Akten, die ja verfassungswidrig zustande gekommen waren, vernichtet werden. Auch die Überprüfung auf frühere Stasi-Tätigkeit war zeitlich limitiert, denn auch das Bundesverfassungsgericht hatte schon vorher entschieden, man dürfe nicht ein Leben lang mit früheren Straftaten konfrontiert werden. Leider sind diese Einschränkungen einige Jahre später wieder zurückgenommen worden. Inzwischen ist das Gesetz zu reformieren, damit wir jetzt auf Normalmodus schalten.

Gibt es dazu bereits Bemühungen?

Der Bundestag hat eine Expertenkommission eingesetzt, die bis Herbst vorschlagen soll, ob und wie die Stasi-Unterlagen-Behörde fortbestehen soll. Ich wurde als Sachverständiger geladen und habe dort aus verfassungsrechtlicher Sicht, aber auch aus meiner unmittelbaren Erfahrung, ein Votum abgegeben. Für mich ist klar: Ein Weiterso ist nicht mehr angemessen. Wir müssen neu nachdenken, wie heute mit den Akten auf Grundlage der neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes umzugehen ist. Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben neben dem Datenschutzrecht inzwischen auch eine EU-Grundrechtecharta, in der der Datenschutz und der Schutz des Persönlichkeitsrechtes ganz besonders herausgestellt werden. Diesen verstärkten Schutz des Persönlichkeitsrechtes und der Menschenwürde müssen wir in Zukunft beachten.

Das scheint dringlich zu sein.

Es ist an der Zeit, dass der Gesetzgeber das Stasi-Unterlagen-Gesetz kritisch überprüft, dessen gute Grundsätze soweit wie möglich beibehält, aber die Rechte der dadurch tangierten Bürger stärker berücksichtigt.

Wäre es an der Zeit, die Akten ganz zu schließen oder gar zu vernichten?

Nein, es ist ein ganz besonderes Konvolut, aus dem spätere Generationen unglaublich viel lernen können. Zum Beispiel darüber, was ein Unrechtsstaat mit einem Repressionsapparat wie dem MfS den Menschen antun kann, wie wichtig das MfS für dessen Machterhalt war. Letzten Endes können wir auch viel lernen über den Alltag in der DDR, denn in den Akten steht viel Banales, aus dem sich ein Gesellschaftbild erkennen lässt. Um künftige Forschung zu ermöglichen, rate ich, einen besonderen Satz im deutschen Archivrecht zu beachten: Wenn Daten personenbezogen angelegt waren, dann dürfen sie erst 70 Jahre nach dem Tod, oder, wenn dieses Datum nicht bekannt ist, frühesten 120 Jahre nach der Geburt verwendet werden.

Sie konnten wie wenige einen tiefen Blick in die DDR und in ihre Abgründe tun. Ärgert es Sie, wenn noch heute darüber diskutiert wird, ob die DDR ein Unrechtsstaat war?

Es ist eine Diskussion, die ich für inakzeptabel halte und die mir immer wieder deutlich macht, dass selbst wenn jemand fünfmal etwas Falsches sagt, man fünfmal sagen muss, was richtig ist. Wer mit der Unwahrheit das letzte Wort hat, der erweckt bei vielen Unwissenden den Eindruck, dass die Unwahrheit richtig sei. Und es gibt nach wie vor Kräfte, die ein Interesse daran haben, die DDR schön und weich zu zeichnen.

Für heutige Abiturienten ist die DDR ein Stück aus dem Geschichtsbuch. Interessieren sich die jungen Leute überhaupt noch dafür?

Nach Umfragen wissen bayerische Schüler mehr von der DDR-Geschichte als Schüler in den neuen Bundesländern. Das zeigt, dass der zeitgeschichtliche Unterricht in Bayern offensichtlich intensiver ist und dass man in Ostdeutschland, wo viele Lehrer ja noch in der DDR gelebt haben, nicht ganz unbefangen ist, um neutral darüber sprechen zu können. Dies vermögen auch manche Eltern und Großeltern nicht, die ihr eigenes Leben rückblickend als gelungen sehen möchten und lieber darüber reden, wie schön doch die Hochzeit, der Ostsee-Urlaub, die Jugendweihe und der klapprige Trabi waren. Wir müssen aber mehr dafür tun, damit die jungen Leute aus der deutschen Geschichte lernen. Bis zur Wende war es einfacher die Vorzüge des Rechtsstaates zu erkennen, denn man konnte an den Staaten des Ostblocks sehen, was es heißt, in einer Diktatur zu leben. Wenn wir heute junge Leute von den Vorzügen der Demokratie überzeugen wollen, müssen wir immer wieder in Theorie und an praktischen Beispielen wie dem der DDR daran erinnern, was es bedeutet, wenn man keinen Rechtsstaat hat. Dass die Sonne jeden Tag wieder aufgeht, das ist sicher, aber es ist nicht gesichert, dass wir jeden Morgen in einem Rechtsstaat aufwachen.

"Mit der Öffnung der Akten wurden die Bespitzelungs- und Unterdrückungsmethoden der kommunistischen SED für alle sichtbar": Der ehemalige Direktor der Gauck-Behörde, Hansjörg Geiger, im Gespräch mit *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz





Früher gab es Klassenfahrten ins geteilte Berlin. Wären heute Ausflüge in die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße angesagt?

Das wäre sicherlich sinnvoll. Ich habe viele Besucher erlebt, die erschüttert aus diesen Gebäuden herausgekommen sind, weil sie nicht nur durch Erzählungen, sondern an Ort und Stelle die Fakten zum Unrecht und zur Menschenverachtung sehen konnten.

Ist es für uns von Vorteil, dass unser Bundespräsident der Herr dieser Akten war und tief ins Unrecht schauen konnte?

Wir merken es immer wieder in seinen Reden, wie intensiv sich der Bundespräsident für Demokratie und Rechtsstaat einsetzt, wie er deren Wert achtet und wie er andererseits auch weiß, dass diese nicht selbstverständlich sind. Wie ein Prediger tritt er eminent dafür ein, dass auch andere erfahren, wie wichtig es ist, Demokratie und Rechtsstaat wert zu schätzen.

Er war vor zwei Jahrzehnten noch Ihr Chef. Wie sehen Sie Joachim Gauck heute als ersten Mann im Staate? Ich bin glücklich darüber, dass er unser Bundespräsident ist. Er verkörpert wie wenige die Geschichte unseres geteilten Landes. Ein Mann, der in der DDR gelebt hat, dessen Vater von den Russen verschleppt worden ist, der gelitten hat unter der Unfreiheit, der aber als Pastor das Sehnsuchtsziel Freiheit hatte, und der jetzt im wiedervereinigten Deutschland am überzeugendsten für den Rechtsstaat werben kann, das ist für uns ein Glücksfall. Manche Sätze, die er über Freiheit und Demokratie sagt, würden aus anderem Munde möglicherweise bombastisch klingen, bei ihm aber wirkt es überzeugend. Die Wertschätzung von Rechtsstaat und Freiheit hat uns beide von der ersten Sekunde an verbunden: Ich der Katholik und Jurist aus Süddeutschland, er der evangelische Pastor von der Küste. So unterschiedlich wir aus unseren Erfahrungen geprägt waren, haben wir bei diesem Punkt vom ersten Moment an gespürt, dass wir hier exakt gleich denken.

Als Westbeamter im Osten waren Sie ein Wandler zwischen den Welten, noch heute sind Sie viel in den neuen Ländern unterwegs. Haben Sie den Eindruck, dass zusammengewachsen ist, was zusammengehört? Wenn wir ehrlich sind und nicht nur auf Personen achten, die ein Interesse daran haben, den Gegensatz zwischen Ost und West um eines scheinbaren politischen Vorteils herauszustellen, dann müssen wir anerkennen, dass wir seit ein paar Jahren weitestgehend zusammengewachsen sind. In Berlin, wo ich ja auch noch lebe, gibt es nicht mehr Ost- oder Westberlin, dort ist der Kiez wieder so bedeutend wie vor der Teilung der Stadt. Auch die blöden Worte "Ossi" oder "Wessi" werden kaum noch verwendet. Dafür aber studieren immer mehr junge Leute aus dem Westen in Leipzig, Dresden, Jena oder Greifswald. Da wächst die deutsche Jugend ganz selbstverständlich zusammen. Das kann uns große Hoffnung geben für unsere gemeinsame Zukunft. 🔺

Nach den ersten 100 Tagen: Am 14. April 1992 geben Joachim Gauck (r.), mit offiziellem Titel "Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemalige DDR", und Hansjörg Geiger, der Direktor dieser einmaligen Institution, die kurz "Gauck-Behörde" genannt wird, eine Pressekonferenz in Berlin.

Gigantisches Erbe
eines Unrechts
staates: 39 Millionen
Karteikarten und
111 Kilometer Akten
1,75 Millionen Fotografien, 2.800 Filme
und Videos sowie
28.400 Tonbänder
werden in der StasiUnterlagen-Behörde
verwahrt.

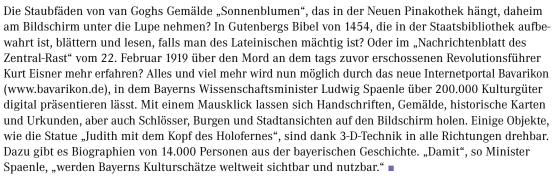
Kurz gemeldet



Babyboom bei Bambis

Wildschweine vermehren sich rasant und kamen so immer häufiger in die Schlagzeilen. Fast unbemerkt blieb dagegen ein Babyboom bei den Bambis. Forstwissenschaftler, Wildbiologen und auch Bayerns Jagdpräsident Jürgen Vocke sind überzeugt: Es gibt immer mehr Rehe in den bayerischen Wäldern und Fluren. Wie viel genau ist ungewiss, denn die scheuen Rehe, die sich ohnehin kaum voneinander unterscheiden lassen, können kaum exakt gezählt werden. Immerhin: Jörg Müller, Forstwissenschaftler an der TU München, schätzt, dass der Reh-Bestand in den vergangenen zehn Jahren um 25 Prozent gestiegen ist. Auch deshalb, weil das Rehwild extrem anpassungsfähig ist und sich in Stadtparks ebenso wohlfühlt wie im dichten Wald. Mehr Wild verursacht aber auch mehr Wildunfälle, bei denen über die Hälfte Zusammenstöße mit Rehwild sind. "Die meisten Autofahrer ignorieren Wild-Warnschilder", beklagt Jagd-Präsident Vocke und plant im Herbst gemeinsam mit den ADAC eine Aufklärungskampagne.







www.bavarikon.de

Mit Wissen wächst Wohlstand

Hochschulen kurbeln die regionale Wirtschaft an – und das umso mehr, je größer die Entfernung zu Metropolen wie München oder Nürnberg ist. Für den ländlichen Raum, so eine Studie des bayerischen Instituts für Hochschulforschung (IHF), ist eine akademische Ausbildungsstätte ein spürbar positiver Standortfaktor. "Einen Segen" nennt der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter die vor 20 Jahren gegründete Hochschule. "Die meisten Studenten kommen aus dem Landkreis und bleiben hier." Neue Firmen haben sich im Umfeld angesiedelt, ein Gründerzentrum ist ausgelastet, die Arbeitslosenquote auf 2,6 Prozent gesunken. Ähnlich im Landkreis Amberg-Sulzbach, wo seit 1999 über 4.600 Studenten ihren Abschluss gemacht haben und vier von fünf in der Region geblieben sind. Die Akademikerquote stieg von 1,5 auf 4,5 Prozent. Ein Auftrieb für die Wirtschaft, denn jeder Hochqualifizierte steigert die Bruttowertschöpfung um jährlich rund 214.000 Euro. Somit zahlt sich aus, dass die Staatsregierung in den 90er Jahren Privatisierungserlöse dafür nutzte, zahlreiche Fachhochschulen in ganz Bayern zu gründen. ■



Neuer Pulsmesser

Noch fast neun Monate lang wird Professor Hans-Werner Sinn als Ifo-Chef der Pulsmesser der deutschen Wirtschaft sein. Doch schon heute weiß er, wem er am 1. April nächsten Jahres die Verantwortung übergeben wird: An Professor Clemens Fuest, ein gebürtiger Münsteraner, der einige Jahre in Oxford gearbeitet hat und zurzeit in Mannheim Volkswirtschaft lehrt sowie als Präsident das dortige Zentrum für Europäische Wirtschaftsordnung leitet. Bayern Wirtschaftsministerin Ilse Aigner freut sich: "Professor Fuest genießt als einer der führenden deutschsprachigen Finanzwissenschaftler hohe internationale Reputation. Mit ihm wird Münchens Stellung als Drehscheibe der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion weiter gestärkt." Das ifo-Institut ist eine Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam getragen. Mit seiner angewandten, politikorientierten Wirtschaftsforschung soll es mithelfen, Stabilität, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa und der Welt zu erhalten. Allerdings weiß Fuest, dass die Wissenschaft der Politik das Handeln nicht abnehmen kann. So urteilt er über die Finanzkrise: "Sie ist zu überwinden. Aber dafür muss die Politik Gewaltiges bewegen. Ich weiß nicht, ob sie das schafft."



Denk-Mal

"Die Ehe zwischen Mann und Frau hat im Hinblick auf Kinder als die Zukunft unserer Gesellschaft unbestreitbar eine besondere Bedeutung."

Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Diskussion über die Homo-Ehe.

Demokratische Zwillinge

Freiheit und Sicherheit gehören untrennbar zusammen



11 -- HILFE, WIR SIND BEDROHT!"

Wolfgang Bosbach

Noch vor wenigen Wochen erhielt ich den Fragebogen einer Bürgerinitiative an alle Abgeordneten mit Bitte um Antwort auf die Frage:: Was ist wichtiger: Freiheit oder Sicherheit? Gerade so, als seien dies Gegensätze! Als müsse sich eine Gesellschaft entscheiden, ob sie lieber in Freiheit oder aber in Sicherheit leben wolle. Möchten wir in Wahrheit nicht beides?

Wer sein Leben in der Unfreiheit in einer Diktatur oder eines totalitären Staates verbringen muss, der sehnt sich gewiss in erster Linie nach Freiheit. Wer aber Angriffe auf sein Leben, sein Hab und Gut befürchtet oder gar von Terror oder Krieg bedroht wird, der wird sich zunächst nach Sicherheit sehnen. Wie könnte es auch anders sein? Deshalb sollten wir Freiheit & Sicherheit nicht als Gegensätze betrachten. Es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Aufgabe einer klugen Politik sollte es daher immer sein, ständig die Balance zu halten zwischen einem Höchstmaß an Freiheit – und Sicherheit zugleich.

Bedeutet "frei sein" nicht auch frei zu sein von Angst und Furcht? Wer nachts auf seinem Heimweg bestimmte Straßen und Plätze oder die Fahrt mit der U-Bahn meidet, weil er Angst hat, überfallen zu wer-

den, lebt der wirklich frei? Umgekehrt: Wenn wir in dem stetigen Bemühen, jedes Restrisiko zu minimieren, Freiheitsrechte immer weiter einschränken, verlieren wir dann nicht genau das, was wir eigentlich erhalten wollen: Ein Leben mit einem Höchstmaß an individueller Freiheit? Auch wenn gerne von einigen das Gegenteil behauptet wird: In den letzten knapp 70 Jahren ist es unserem Staat gut gelungen, die - nicht immer einfache - Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu halten. Auch zu Zeiten der Notstandsgesetzgebung, des RAF-Terrors und nach den dramatischen Ereignissen des 11. September 2001. Bei neuen Sicherheitsgesetzen wurde mehr als einmal düster prophezeit, dass jetzt aber endgültig der Weg in den Polizei- und Überwachungsstaat beschritten werde. Als seien die Sicherheitsbehörden unseres →

"Früher warst Du ein Rebell, wenn Du anderer Meinung warst, heute bist Du Rebell, wenn Du bei Deiner Meinung bleibst"

Aus dem politischen Erfahrungsschatz des CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach Landes kurz davor, unter Ausschaltung aller rechtsstaatlicher Grundsätze die Macht zu übernehmen.

Ein Beispiel dafür ist die "akustische Wohnraumüberwachung", von Kritikern gerne auch "großer Lauschangriff" genannt. Es gab heftige innenpolitische Auseinandersetzungen. Spätestens jetzt, meinten die Kritiker, sei die Bundesrepublik auf dem Weg in den Überwachungsstaat. Die FDP organisierte eine Mitgliederbefragung, bei der sich Zweidrittel dafür aussprachen, woraufhin die FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zurücktrat. Das Bundesverfassungsgericht hat die ursprüngliche Regelung zwar nachträglich eingeschränkt und den "Kernbereich der privaten Lebensgestaltung" für Abhörmaßnahmen für tabu erklärt, diese Einschränkung nachfolgend jedoch wieder eingeschränkt - und das aus gutem Grund. So war für die Überführung der "Sauerland-Gruppe" die akustische Wohnraumüberwachung von großer Bedeutung. Dass Beten zum "Kernbereich der privaten Lebensgestaltung" gehört, bedarf sicherlich keiner näheren Begründung. Was aber, wenn gleichzeitig gebetet und ein Anschlag vorbereitet wird? Manchmal sind die Dinge doch etwas komplizierter, als sie auf den ersten Blick erscheinen mögen.

Interessant ist: Zu keinem Zeitpunkt haben die zuständigen Behörden diese neue Eingriffsbefugnis besonders extensiv genutzt. Weder vor noch nach der Karlsruher Entscheidung. Heute gibt es drei bis vier Maßnahmen pro Jahr. Sind wir da nicht bei gut 40 Millionen Wohneinheiten in Deutschland meilenweit von einem Überwachungsstaat entfernt? Gut, ich gebe gerne zu, dass man mit einer solch nüchternen Darstellung der Realitäten in einem aufgeheizten Meinungsklima nicht sehr weit kommt, aber dennoch sollte man es wenigstens ab und zu mit Sachlichkeit versuchen.

Im Kern geht es bei den Debatten um die Einführung neuer Ermittlungsmaßnahmen und -befugnisse um die Fragen, ob diese (im wahrsten Sinne des Wortes) not-wendig sind und in der polizeilichen Praxis bei Gefahrenabwehr und Strafverfolgung den erhofften Erfolg haben werden und ob sie den verfassungsrechtlichen Grundsätzen gerecht werden. Bei neuen Eingriffsbefugnissen geht es ja gerade nicht darum, dem Staat immer öfter neue Befugnisse zur Prävention und Repression einzuräumen, es geht im Kern darum, neuen Gefahren und Tatmodalitäten in adäquater Weise begegnen zu können. Die stetig steigende Internetkriminalität des 21. Jahrhunderts kann man erfolgreich nicht mit den Methoden und Techniken des vergangenen Jahrhunderts bekämpfen. Wer der Polizei die Aufgabe überträgt, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und abzuwehren sowie begangene Straftaten aufzuklären, die Täter zu identifizieren und (wenn möglich) zu überführen, der muss ihr auch die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Mittel zur Verfügung stellen: Personell, technisch und eben auch rechtlich.

Vor einigen Monaten hat der Bundestag das Sexualstrafrecht zum Schutz von Kindern und Jugendlichen deutlich verschärft - und das ist auch gut so. Den Straftatbestand auszuweiten, den Strafrahmen zu erhöhen oder die Verjährungsfrist zu verlängern machen jedoch dann wenig Sinn, wenn die Täter nicht überführt werden können, weil die Ermittlungsbehörden keine Ermittlungsansätze haben. Genauer gesagt: keine Ermittlungsansätze mehr haben, weil diese schon kurze Zeit nach der Tatbegehung von den Providern gelöscht wurden und weitere Ermittlungsansätze nicht zur Verfügung stehen. Wenige Stunden nach Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes schilderte ein erfahrener Ermittler im Edathy-Untersuchungsausschuss die Nöte seiner Behörde wegen fehlender Mindestspeicherfristen. Haben Sie, sehr geehrte Leserinnen und Leser, darüber in den Medien irgendwas gelesen? Ich auch nicht.

Umso wichtiger und erfreulicher, dass sich die Koalitionsparteien nach langem Ringen nun doch auf Eckpunkte einer neuen Regelung für Mindestspeicherfristen einigen konnten, auch wenn sie - wie in einer Koalition eben üblich - "nur" einen Kompromiss darstellen. Die Eckpunkte sehen vor, dass die Verbindungsdaten beim Anbieter (und gerade nicht bei staatlichen Stellen!) zehn Wochen lang gespeichert sein müssen. Entgegen vielfach geäußerten Befürchtungen wird dadurch nur die Information, welche Rufnummer wann angerufen wurde, gespeichert und gerade keine Kommunikationsinhalte. Nach zehn Wochen werden die Daten wieder gelöscht. Die besonders sensiblen Standortdaten, also Daten über die bei Mobilfunkgesprächen genutzte Funkzelle, müssen sogar schon nach vier Wochen gelöscht werden. E-Mail-Kommunikationsdaten werden von der neuen Regelung von vornherein nicht erfasst.

Selbstverständlich kann der Zugriff auf die gespeicherten Daten nur unter ganz strengen Voraussetzungen erfolgen: Zur Verfolgung einzeln aufgeführter, besonders schwerer Straftaten und nur nach richterlicher Anordnung. Berufsgeheimnisträger unterliegen dabei einem besonderen Schutz. Dennoch folgte auf die Vorstellung der neuen Leitlinien wieder reflexartig Kritik und gar der Vorwurf verfassungswidriger Gesetzgebung - allerdings hat sich weder das Bundesverfassungsgericht noch der Europäische Gerichtshof grundsätzlich gegen eine Regelung von Mindestspeicherfristen ausgesprochen. Schon länger habe ich deshalb darauf hingewiesen, dass wir eigentlich nur die Entscheidungen dieser beiden Gerichte in Gesetzessprache umformulieren müssen, um zu einer neuen, verfassungskonformen Regelung zu kommen.

Übrigens: Die "Düsseldorfer Zelle", die vor einigen Jahren der Bau eines Sprengsatzes bereits konkret vorbereitet hatte, konnte auch dank der Vorratsdatenspeicherung ermittelt und ausgehoben werden.

Daher meine herzliche Bitte: Freiheit und Sicherheit nicht gegeneinander ausspielen. So viel Freiheit wie möglich − so viel Sicherheit wie nötig! Das ist die richtige Formel. ▲



Wolfgang Bosbach, 63, ist seit 1994 für die CDU sechsmal mit einem Direktmandat in den Deutschen Bundestag eingezogen. Der Rheinländer ist Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags und gilt als schlagkräftiger Diskutant im Parlament ebenso wie in TV-Talkrunden.

Ursprung des Terrors

Sie schneiden wehrlosen Opfern vor laufender Kamera die Köpfe ab und preisen Allah. Sie schlagen und sprengen Weltkulturstätten in Trümmer und berufen sich auf ihren Islam. Verstört und entsetzt rätselt die zivilisierte Welt über die Motive der sunnitischen Mörder-Miliz ISIS. Der frühere *Zeit*- und *Cicero*-Journalist Bruno Schirra zeigt den Ursprung des Terrors und dessen Verbindung auch zur deutschen Salafisten-Szene, beleuchtet den Balkan als ideales Rekrutierungsgebiet für Dschihadisten und sieht George Bushs Irakkrieg nicht als Grund, sondern nur als Katalysator für das Aufbrechen innerislamischer Glaubenskämpfe. Und er rügt die deutschen Kollegen, die ISIS ersetzt haben durch den Begriff "Islamischer Staat" und damit – sei es auch nur gedankenlos, wie er schreibt – den Terrorbanden den Anschein der Legitimität geben. Schirra beschreibt Details ebenso wie die geopolitischen Verwerfungen. Aufschlussreich und besorgniserregend zugleich.



Bruno Schirra, **ISIS. Der globale Dschihad**, Econ Verlag, Berlin, 336 Seiten, 18,00 €

Europas neue Ordnung



Europa im Jahr 2015 sorgt sich um die Stabilität seiner Gemeinschaft, die Friedfertigkeit und Wohlstand brachte, wie sie der Kontinent noch nie gekannt hat. Vor 200 Jahren suchte sich das Europa 1815 eine neue Ordnung, die Frieden bringen sollte nach den schrecklichen Verwüstungen durch die napoleonischen Kriege. In Wien versammelten sich die Mächte zum Kongress und gestalteten ein neues Europa, das in dieser Prägung immerhin ein volles, wenn auch wieder blutiges Jahrhundert halten sollte. Eindrucksvoll schildert der französische Historiker Thierry Lentz die Monate des Wiener Kongresses, darunter den glücklichen Umstand, dass die Herrscher noch versammelt waren, als Napoleon erneut Truppen sammelte und nach Waterloo zog. So konnten sie ihn unversehens als Feind des Weltfriedens brandmarken. Lentz listet auch die Schwächen auf, wie jene, dass Länder wie Deutschland, Polen oder Italien, wenn überhaupt, nur am Katzentisch saßen: Keine gute Voraussetzung für dauerhafte Stabilität.

Thierry Lentz, 1815. Der Wiener Kongress und die Neuordnung Europas, Siedler Verlag, Berlin, 462 S. 24,99 €

Träumerischer Bismarck

Der Eiserne Kanzler steht in Stein gemeißelt beim Deutschen Museum, der Bismarck-Turm überm Starnberger See ist einer von noch immer 173 im ganzen Land, und bei Amazon gibt's die gipserne Büste schon für 39 Euro. Auch 200 Jahre nach seinem Geburtstag ist Otto von Bismarck präsent in der Republik, obwohl er selbst wenig Wert auf solche Verehrung legte: "Ich will weder ein Schaustück sein noch mich versteinert sehen." Des listenreichen Reichsgründers, der Bayerns Souveränität der Kaiserkrone opferte, wird viel gedacht in diesem Jahr. Unter den vielen Bismarck-Büchern ist das von Waltraud Engelberg eine Trouvaille. Die Ehefrau eines Bismarck-Biographen hat in dessen Windschatten die Archive durchkämmt nach dem privaten Bismarck. Und gefunden wurde ein gar nicht so eiserner Privatmann, eher ein Landjunker, der sich vom Ärger in Berlin und am Hofe immer wieder erholen musste in seinen überalles geliebten Wäldern, wo er aber auch alle wichtigen Entschlüsse gefasst habe. Umsorgt von seiner Johanna, die ihr "Bismärckchen" in 48jähriger Ehe zu schützen suchte vor Franzosen, Schmeichlern und Intriganten. Der Fürst war auch Literat und eifriger Briefeschreiber – ein überquellender Fundus für die Autorin. Von Politik ist wenig die Rede, dafür aber viel vom Menschen Bismarck, der sich selbst als eine "eigentlich träumerische, sentimentale Figur" sah.



Waltraut Engelberg, Das private Leben der Bismarcks, Pantheon Verlag, München, 240 Seiten, 14,99 €

Amerika nach deutschem Vorbild

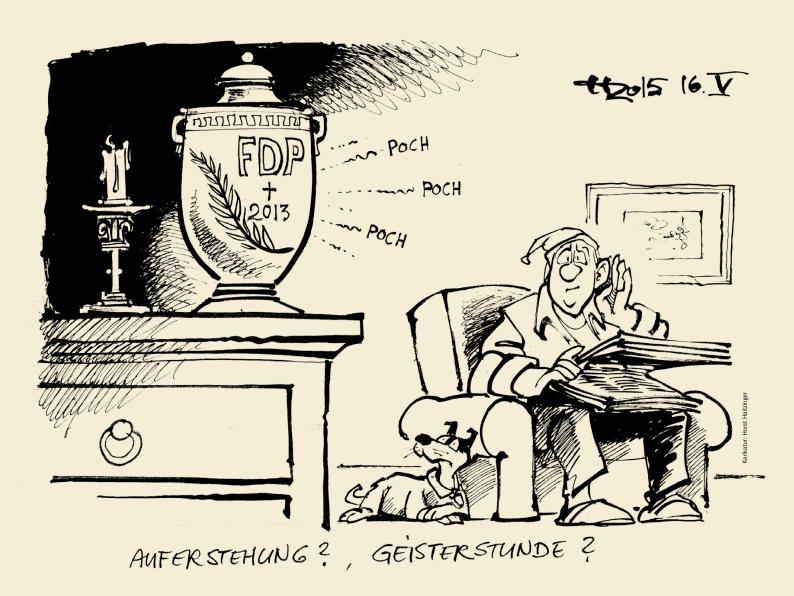


Reisen bildet, sagt der Volksmund. Der Barock-Travellor Charles-Louis de Montesquieu formuliert gewählter: "Die Reisen verleihen dem Geist eine sehr große Weite: Man verlässt den Kreis der Vorurteile des eigenen Landes, ohne sich diejenigen des fremden aufzubürden." Ein Jahr lang müht sich der französische Baron ab 1728 durch deutsche Lande (wozu damals auch die Kaiserstadt Wien zählt), lobt die zumeist von Thurn und Taxis betriebenen Poststationen, wo er gelegentlich aufs Pferd wechselt, wenn die Postkutsche wieder umgestürzt ist. Sein Tagebuch und die umfangreiche Korrespondenz sind nun erstmals ins Deutsche übersetzt und publiziert. Er mokiert sich über die "dicken Deutschen", diniert mit dem bayerischen Kurfürsten in Nymphenburg, damals noch eine Stunde von München entfernt, und lobt die Bildergalerie in Schleißheim. Vom militär-getrimmten Preußen schwant ihm Unheil. Doch der Aufbau des deutschen Reiches fasziniert ihn: Montesquieu prägt den Begriff der "république fédérative d'Allemagne", später beschreibt er die "Bundesrepublik Deutschland" in "Geist der Gesetze" ausführlich und liefert damit eine Vorlage für die Vereinigten Staaten von Amerika. Deren Gründungsgestalter berufen sich ausdrücklich auf des Franzosen deutsche Beobachtungen. Eine lehrreiche und amüsante Lektüre.

Charles-Louis de Montesquieu: Meine Reisen in Deutschland 1728 - 1729, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, 216 Seiten, 22,00 €

Halbzeit

GroKo macht die Kleinen größer – auch die Freien Demokraten



Hugo Müller-Vogg

Griechenland, NSA, BND, Flüchtlinge – ungeachtet aller Reizthemen scheinen die parteipolitischen Präferenzen der Deutschen stabil zu sein. Seit Monaten liegt die Union in den Umfragen bei gut 40 Prozent, kommt die SPD nicht über 25 Prozent hinaus und liefern sich Grüne und Linke mit 9 bis 10 Prozent einen Kampf um Platz 3. Die einzige Ausnahme: Die FDP ist wieder da. Langsam hat "Trümmermann" Christian Lindner die Freien Demokraten aus der Bedeutungslosigkeit herausgeführt. Die Partei liegt meistens wieder über 5 Prozent.

Der kleine, aber deutliche Umfragen-Aufschwung der FDP bestätigt zunächst einmal die alte These, dass Große Koalitionen die Kleinen größer machen. Das war schon zwischen 2005 und 2009 so: Rot-Schwarz treibt den Oppositionsparteien Wähler zu. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass FDP, Grüne und Die Linke in der Sonntagsfrage inzwischen besser abschneiden als am Wahlsonntag 2013.

Weiterhin gilt: Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Der Wiedereinzug der FDP in die Hamburger Bürgerschaft hat gezeigt, dass es sich bei den Wiederbelebungsversuchen der so tief gefallenen Freien Demokraten nicht lediglich um Trockenübungen handelt. Der Hamburger Rückenwind hat sich in Bremen ebenfalls bemerkbar gemacht. Und anders als bei den für die FDP katastrophalen Landtags- und Europawahlen im Jahr 2014 lagen die Freien Demokraten an der Elbe wie an der Weser deutlich vor der AfD. Psychologisch waren das wichtige Signale.

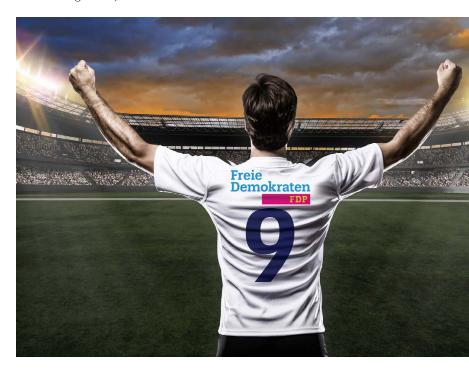
Das Erstarken der FDP hat auch inhaltliche Gründe. Enttäuschte FDP-Wähler von 2009, die 2013 ihr Kreuz bei der CDU gemacht haben, merken inzwischen, dass die CDU/CSU in der GroKo teilweise eine "SPD pur"-Politik betreibt. Gesetzlicher Mindestlohn, Mietpreisbremse oder Rente mit 63 sind das Gegenteil von dem, was man einst von einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Partei wie der CDU erwartete. Die "Allen-wohl-und-niemandweh"-Strategie der GroKo wurde so zum Konjunkturprogramm für die FDP. Bezeichnend dafür ist, dass die FDP unter den Mitgliedern des CDU-nahen Wirtschaftsrats mit 25 Prozent rechnen könnte gegenüber nur 52 Prozent für die Union.

Obwohl die FDP immer behauptet hat, die AfD bereite ihr keine Probleme, lebt sie in gewisser Weise auch vom Niedergang der "Alternative für Deutschland". Die permanenten Grabenkämpfe innerhalb der Anti-Euro-Partei schrecken bürgerliche Wähler ebenso ab wie ihr eindeutiger Rechtsruck. Die Annäherung von Teilen der einstigen Professoren-Partei an die Pegida-Wutbürger hat sie für bestimmte bürgerliche Schichten unwählbar gemacht.

Gut zwei Jahre vor der Bundestagswahl 2017 sind das alles Hoffnungswerte für die FDP - aber nicht mehr. Im nächsten Jahr stehen die Freien Demokraten vor zwei sehr wichtigen Bewährungsproben: in Baden-Württemberg wie in Rheinland-Pfalz. Das aktuelle Zwischenhoch wäre vergessen, wenn sie ausgerechnet im Südweststaat, ihrem Stammland, an der 5-Prozent-Hürde scheiterten. Noch schwieriger ist die Lage in Rheinland-Pfalz, wo die FDP derzeit nicht im Parlament vertreten ist. Für den Weg zurück in den Bundestag wäre ein Erfolg in Mainz eine wichtige Voraussetzung. In Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo 2016 ebenfalls gewählt wird, ist die FDP bei den letzten Wahlen weit unter 5 Prozent geblieben. Ein abermaliges Scheitern wäre demnach keine Katastrophe, wenn auch nicht gerade hilfreich.

Die FDP hat sich nach der Wahlniederlage 2013 nahezu von allen alten – und bekannten – Gesichtern getrennt. Von den Bundespolitikern der "alten FDP" ist lediglich noch der Finanzexperte Hermann Otto Solms dabei, und der steht als Schatzmeister nicht vorne auf der Bühne. Im Übrigen ist die FDP aus der Sicht des Durchschnittswählers eine Ein-Mann-Show, eine Christian Lindner-Partei. Allenfalls kennen die Wähler noch Wolfgang Kubicki und Katja Suding; das war's dann aber auch. Das zu ändern, ist ebenso schwer wie notwendig.

Thematisch ist die "neue" FDP nicht wesentlich anders aufgestellt, als es die alte war. An ihrem



Halbzeit oder Endspiel: Die FDP ist zurück auf dem politischen Spielfeld, doch der Ausgang ist noch offen.

programmatischen Dreiklang Wirtschaft, Bürgerrechte, Bildung hat sich nichts geändert. Die Angriffe der Liberalen auf den Bildungsföderalismus kommen im Allgemeinen an. Bei dem Thema "Big brother is watching you" mit den Untertiteln NSA, BND und Vorratsdatenspeicherung erleben die Freien Demokraten dasselbe wie vor zwei Jahren die Sozialdemokraten: die Menschen mögen keinen allwissenden Staat, regen sich aber nicht sonderlich darüber auf. Das größte Problem: In der Wirtschaftspolitik, ihrem früheren "Markenkern", ist die FDP noch immer ein Opfer ihrer eigenen Politik in der schwarz-gelben Koalition: Weil sie damals nicht "geliefert" hat, muss sie sich heute mit Versprechungen zurückhalten. Ein bisschen Kritik an dem von der Regierung geplanten geringfügigen Abbau der "kalten Progression" ist nicht gerade ein Gewinner-Thema. Und die Forderung nach Cannabis-Freigabe ist eher ein Gag mit sehr kurzer Halbwertzeit.

Kurz vor der Halbzeit dieser Legislaturperiode geht es der FDP wie einer Mannschaft, die 0:3 zurücklag und inzwischen den Ausgleich geschafft hat. Aber in der zweiten Hälfte kann noch viel passieren – im Fußball wie in der Politik.



Dr. Hugo Müller-Vogg arbeitet als Publizist in Berlin. Er hat zahlreiche Bücher über prominente Politiker veröffentlicht, darunter auch über den früheren FDP-Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle. www.hugo-mueller-vogg.de

Generationen-Krise



In der Banken-Industrie haben wir noch keine Zeit wie die gegenwärtige erlebt. Der Ursprung liegt in der Finanzkrise, die 2007 eingesetzt hat und von der viele glauben, sie sei nur das Versagen einiger Banken in Amerika gewesen. Wenn es nur das wäre, hätten wir die Krise und ihre Folgen sicher längst überwunden. Damals habe ich gesagt, die Krise dauert mindestens fünf Jahre. Viele meinten, ich sei zu skeptisch. Heute, acht Jahre später, sind die Probleme noch immer nicht überwunden und ich muss in der Rückschau feststellen: Ich war zu optimistisch. Diese Krise ist sehr komplex und erlaubt keine monokausalen Erklärungen. Ihre Lösung wird daher zu einer Generationenfrage.

18

Unbestritten ist, dass wir ein großes globales Problem haben: Eine nicht haltbare Verschuldung, dies gilt für die Verschuldung der Staaten, aber auch für die der privaten Haushalte und Unternehmen. Statt dieses Problem intensiv anzugehen, fluten wir – wie zur Zeit ganz besonders in Europa – die Märkte mit Geld und erleichtern so das Schuldenmachen. Eigentlich müssten wir dafür sorgen, dass die Möglichkeiten, Kredite aufzunehmen, verringert werden, die Europäische Zentralbank (EZB) sieht sich jedoch in der Pflicht, die Zinsen niedrig zu halten. Eine sehr gegensätzliche Situation, die erkennen lässt, dass die Lage höchst kompliziert ist und es keine einfache Lösung geben wird.

Wir stecken in einem Dilemma, denn einerseits müssen wir die Schulden auf ein langfristig tragbares Maß reduzieren, andererseits müssen wir Wachstum generieren, was ohne Kredite nicht möglich ist – ein schwieriger Drahtseilakt. Die Wirtschaft in Deutschland floriert auch deshalb, weil wir keine Kreditklemme hatten, obwohl 2008/2009 viel über diese Gefahr gesprochen wurde. Anders in Griechenland: Dort funktioniert die Wirtschaft auch deshalb nicht, weil es vielfach keinen ausreichenden Zugang zu Krediten gibt.

Gerade wir in Deutschland glauben gerne, die sogenannte Realwirtschaft habe mit Banken nichts zu tun. Das ist ein fundamentaler Irrtum, denn die Banken spielen als Vermittler zwischen denen, die sparen, und denen, die investieren wollen und dafür Geld brauchen, eine entscheidende Rolle für ein erfolgreiches Wirtschaftssystem.

Höchst aktuell ist das Thema Griechenland. Es war ein Fehler, das Land zu den damaligen Konditionen in die Eurozone aufzunehmen, aber es war politisch gewollt. Das hätte man noch akzeptieren können, wenn unmittelbar danach gefolgt wäre, was nun gefordert wird: Dass sich Griechenland den Standards der anderen annähert. Das unterblieb, und man muss leider sagen: Dies ist nicht allein die Schuld von Griechenland. Die EU kann nicht glaubhaft erklären, warum sie zehn Jahre lang keine Veränderungen erzwungen hat.

Griechenland ließ sich aber nicht nur durch den leichten Zugang zu Euro-Krediten zu einer langfristig nicht tragbaren Verschuldung verleiten. Mit dem zunehmenden globalen Wettbewerb wurden auch die Sünden der Vergangenheit auf dramatische Weise sichtbar. In Griechenland gab es nur einen global wettbewerbsfähigen Wirtschaftssektor: Die maritime Industrie mit 25 Prozent Anteil am Weltmarkt. Ihr Erfolg hat einen schlichten Grund: Sie ist so global aufgestellt, dass sie weder vom griechischen Staat noch von einem anderen Staat kontrolliert werden kann. Andere Sektoren aber hat der Staat kontrolliert, und das auf eine Weise, dass viele Unternehmer in ihrem wirtschaftlichen Handlungsspielraum stark eingeschränkt waren. Den daraus resultierenden Mangel an zukunftsfähigen Arbeitsplätzen hat der Staat auf seine Weise



ausgeglichen: Er hat die Menschen selbst beschäftigt, auch wenn für sie eigentlich gar keine Arbeit vorhanden war. Ein teurer Luxus, den sich kein Staat der Welt auf Dauer leisten kann.

Griechenland ist hoch verschuldet, das ist leider richtig. Aber das eigentliche Problem liegt darin, dass man nach der Öffnung der Märkte die Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, gleichzeitig jedoch nicht mehr das Mittel anwenden konnte, das früher oft geholfen hat: Die Drachme abzuwerten. Denn diese Handlungsmöglichkeit gibt es in der Euro-Zone nicht mehr. In dieser Situation bliebe eigentlich nur noch eines übrig: Die nominellen Kosten, also Löhne und Gehälter, zu senken. Griechenland hat seit Beginn der Eurozone jedoch das Gegenteil getan und Löhne sowie Renten kräftig erhöht.

Inzwischen wurden die Löhne um 30 Prozent gesenkt, griechische Exporteure wären also wieder wettbewerbsfähig. Sie haben auch reichlich Aufträge, können aber trotzdem nicht exportieren. Denn für die geforderte Vorkasse bräuchten sie Akkreditive, aber um diese abzusichern, sind die griechischen Banken für viele Gegenparteien nicht mehr vertrauenswürdig genug. Deshalb würde der griechischen Wirtschaft ein ganz einfaches und nicht einmal sehr teures Programm helfen: Ein Programm, das die Banken in die Lage versetzt, den mittelständischen Betrieben wieder Kredite zu geben. Zu glauben, die Eurokrise sei nur mit viel Geld zu bewältigen, ist ein Trugschluss. Auch EZB-Präsident Draghi hat deutlich gemacht, dass er Europa nicht retten kann, er kann nur helfen, Zeit zu gewinnen, damit die Reformen ohne unerträgliche Belastungen für die Bevölkerung der betroffenen Länder vorgenommen werden können. Wenn das nicht passiert, können die Zinsen beliebig niedrig sein, es wird nichts nutzen.

Dieser Versuch, die Krise zu bewältigen, hat zu einem Zinsniveau geführt, wie wir es bisher nie gekannt haben. Mit der Konsequenz, dass Finanzminister Schäuble Kredit aufnehmen kann und von den Geldgebern dafür noch etwas bezahlt bekommt. Sehr ungewöhnlich, dass man für die Aufbewahrung seines Geldes einen Preis bezahlt. Da stellt sich zurecht die Frage, ob sich Sparen heute überhaupt noch lohnt. Der Finanzminister kann →

Die Sphären-Skulptur in der Frankfurter Zentrale der Deutsche Bank versinnbildlicht den globalen Geldkreislauf.

Geteilte Meinung:
Nach einer aktuellen
Umfrage unter Wirtschaftswissenschaftler sehen 45 Prozent
in der Finanzkrise
ein Versagen des
Marktes, ebenfalls
45 Prozent geben
den Politikern die
Schuld, die über ihre
Notenbanken zu viel
billiges Geld produziert hätten.



Noch hilft EZB-Präsident Mario Draghi in seinem neuen Frankfurter Geldturm notleidenden Euro-Staaten, doch er weiß: Er kann keine Staaten retten, er kann nur Zeit für Reformen schaffen.

sich freuen, doch das billige Geld hat auch eine negative Seite: Es verführt nicht selten zu Entscheidungen, die man später bereut. Warum wurden in Irland oder Spanien so viele Appartements gebaut und gekauft, ohne dass die naheliegende Frage gestellt wurde, wer darin wohnen soll? Es ist passiert, weil Kredite billig und reichhaltig verfügbar waren und die Banken diese ohne ausreichende Sicherheiten gewährt haben. Auch deutsche Banken haben teilweise ihre Überschussliquidität nach Irland gebracht. Insofern haben auch wir sehr wohl etwas mit der Krise zu tun.

Dies führt zu einem weiteren wichtigen Thema: Die Regulierung. Es ist verständlich, dass nach den Fehlentwicklungen der Vorkrisenzeit Konsequenzen erforderlich waren. Die Finanzindustrie hat sicherlich den Fehler gemacht sich nicht früh genug selbst zu regulieren. Wobei die Frage bleibt, ob so etwas überhaupt denkbar ist, was ich persönlich bezweifeln würde. Wer aber über das Ziel hinausschießt und die Regulierung so gestalten will, dass wir totale Stabilität haben, schränkt die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten erheblich ein. Banken müssen weiterhin in der Lage bleiben, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu betreiben. Es ist für Europa kein Luxus, einen starken Bankensektor zu haben, es ist ein Muss. Deshalb sollten wir

ein gemeinsames Interesse daran haben, dass der Bankensektor funktioniert, weil ohne ihn die Realwirtschaft nicht erfolgreich laufen kann.

Letzten Herbst gab es den Stresstest der EZB. Der Hauptfokus lag auf der Frage, wer den Stresstest nicht erfolgreich absolviert hat. Und das waren gottseidank nicht so viele. Doch man darf diesen Stresstest nicht so interpretieren, dass nun alles in Ordnung sei. Wohl hat der Arzt gründlich untersucht und eine erfreuliche Diagnose gestellt. Er hat aber nicht garantiert, dass man am nächsten Tag auch den Marathon gewinnt. Nur einige Zahlen, die nachdenklich stimmen: In den letzten sechs Jahren haben in der Hälfte dieser Jahre die europäischen Banken kollektiv Verluste gemacht, also insgesamt kein Geld verdient. 2013 waren die zehn Banken mit den größten Verlusten ausnahmslos in Europa beheimatet. Bei der globalen Handelsfinanzierung verlieren die europäischen Banken Jahr für Jahr Marktanteile. Auf dem amerikanischen Markt gibt es außer der Deutschen Bank keine starke europäische Bank mehr. Das sind keine guten Zeichen.

Um dies zu verbessern, ist die Bankenunion der richtige Ansatz. Die Politik hat hierfür die Grundlagen geschaffen, und das verdient höchsten Respekt, denn eine Bankenunion bedeutet die Aufgabe nationaler Souveränität. Das kostet jeden nationa-



Die Deutsche Bank wurde 1870 und somit ein Jahr vor dem Kaiserreich in Berlin gegründet. Unser Bild zeigt ein Werbeplakat aus dem Jahr 1927. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte das Institut nach Frankfurt am Main über. Noch heute zählt sie zu den wichtigsten Banken der Welt. In einer Schweizer Studie von 2011 wird die Deutsche Bank als das zwölfteinflussreichste Unternehmen der Weltwirtschaft bezeichnet. Die Finanzkrise überstand sie ohne Staatshilfe, doch zahlreiche Verfahren mit zum Teil spektakulären Strafzahlungen kratzen am Image. Eingearbeitet von Jürgen Fitschen, soll der neue Vorstandchef John Cryan Europas letzte Weltbank in besseres Fahrwasser bringen. Nachdem in den vergangenen Jahren nicht alles "harmonisch und ohne Probleme verlaufen" sei, versicherte Cryan den 100.000 Mitarbeitern zum Amtsantritt, wolle er die Bank zurückführen "ins Herz der deutschen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft".

.



In rasanter Geschwindigkeit hat die griechische links-rechts-Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras das Vertrauen der restlichen Euro-Staaten verspielt. Nun lautet die besorgte Frage: Wie tragfähig sind die Klammer zwischen dem maroden Inselstaat und der Europäischen Union

len Politiker naturgemäß große Überwindung. Nun aber kommen wir zum nächsten Schritt, zur Kapitalmarktunion. Und da wird es holpriger, denn wir sehen ein Phänomen, das nicht nur auf unsere Industrie begrenzt ist: Nachdem wir in den letzten Jahrzehnten viel von Globalisierung gesprochen haben, sind wir wieder auf dem Weg zurück zu einer national geprägten Orientierung.

"Global Banking" ist geradezu zum Unwort geworden. Manche in Deutschland meinen gar, einige große Regionalbanken würden genügen. Das ist ein Trugschluss. In einer global vernetzten Welt geht Wirtschaften nicht ohne Banken, die Unternehmen weltweit bei ihren Aktivitäten unterstützen. Zugleich brauchen wir ausländische Investitionen auch bei uns in Deutschland. Gegenwärtig wird in Berlin darüber nachgedacht, wie die Finanzierung von Infrastruktur so gestaltet werden kann, dass die vielen Projekte, die auf Eis liegen, weil der Staat sich nicht noch mehr verschulden kann, trotzdem in Angriff genommen werden können. Das geht nicht ohne Banken, die in vielfältiger Form effiziente Kapitalallokationen vermitteln. Ein anderes Problem ist die Finanzierung von Startups. Diese Unternehmensgründungen zu begleiten, ist in Deutschland kaum möglich, weil zu wenig Risikokapital verfügbar ist. Beide Beispiele, die Schaffung von Risikokapital und die langfristige Finanzierung von Investitionsvorhaben, haben mit dem üblichen Commercial-Banking nichts zu tun, das gehört zum Investmentbanking. Leider haben wir in Deutschland ein großes Vorurteil gegen diesen Bereich, was nach dem, was verantwortungslose Banker gerade hier ausgelöst haben, teils verständlich ist. Doch wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern müssen uns die Fähigkeit erhalten, eine breite Palette von Finanzierungsformen vorzuhalten.

Deutschland profitiert von der globalen Vernetzung, unserem Land geht es besser als anderen. Wir können stolz sein auf unsere Unternehmer, die die globalen Möglichkeiten wahrnehmen und dadurch Arbeitsplätze schaffen. Aber jeder, der am globalen Wettbewerb teilnimmt, hat ein verschärf-

tes Risikoprofil, schon allein durch Währungs-, Zins- und Rohstoffschwankungen. Um hier den Risikoaustausch zu organisieren, sind Investmentbanken gefragt. Dabei selbst ins Risiko zu gehen, ist nicht ihre Aufgabe. Wir sollten deshalb Investmentbanking richtig verstehen: Als die Grundlage dafür, dass Unternehmen an den Finanzierungsmöglichkeiten teilnehmen können, die global vorhanden sind und die durch das klassische Commercial Banking so nicht bereitgestellt werden.

Zurzeit sehe ich bei uns die Tendenz, den Märkten das Vertrauen zu entziehen. Das ist eine beunruhigende Entwicklung, vor der wir uns hüten sollten. Die Marktteilnehmer haben sicher nicht immer recht. Aber wir müssen uns die Risikomentalität erhalten. Wenn wir sie verdrängen, verspielen wir die Wachstumsmöglichkeiten der Zukunft. In einer dynamischen Wirtschaft, die uns Wohlstand und auch soziale Sicherheit bringt, sollten wir nicht jeden Einzelnen vor jedem Risiko schützen. Es geht darum, die richtige Balance zu finden, um die Effizienz einer marktorientierten Wirtschaft zu vereinbaren mit der sozialen Akzeptanz in einer risikobereiten Gesellschaft.

Dies alles geschieht in einem schwierigen Umfeld. Es werde noch sehr viel Volatilität geben in Europa, mahnte kürzlich EZB-Präsident Draghi und forderte die Finanzindustrie auf, sich damit vertraut zu machen. Noch ist eine Rückkehr zur Normalität nicht zu sehen, aber die Phase des billigen Geldes wird eines Tages enden. Es hilft nicht, mit immer großzügigeren Krediten künstliches Wachstum anheizen zu wollen. Und es wäre wichtig, wenn wir in Europa gemeinsam das Ziel verfolgen, über die Staatsgrenzen hinweg einen schlagkräftigen Finanzmarkt zu etablieren auf den Säulen der bereits existierenden Bankenunion und der geplanten Kapitalmarktunion. Mit besserem Verständnis für das, was Banken leisten können und was man nicht von ihnen erwarten darf, wird auch die Erkenntnis reifen, dass Finanz- und Realwirtschaft zusammengehören. Ein solches Verständnis und ein daraus verbessertes Zusammenwirken fördert beide Segmente und das wirtschaftliche Handeln zum Wohle Aller.



Jürgen Fitschen, 1948 nahe Hamburg geboren, ist der zurzeit einflussreichste deutsche Bankmanager. Als Co-Chef der Deutschen Bank arbeitet er noch ein Jahr lang Nachfolger John Cryan ein. Zugleich ist Fitschen seit 2013 Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, der die Interessen von rund 210 privaten Kreditinstituten vertritt.



Triebwerke der globalen Wirtschaft

Messen befeuern Export und Erfolg

Wolfgang Marzin

Handel und Geld sind eng miteinander verbunden. Der Händler benötigt eigenes oder geliehenes Geld, um Waren zu kaufen und dorthin zu bringen, wo er sie anbieten und verkaufen möchte. Von diesem Geschäft wiederum erhofft er sich einen geldwertigen Gewinn, der ihm (früher) den Beutel und (heute) das Konto füllen soll.

Daran hat sich seit dem Übergang von der Tausch- zur Geldwirtschaft grundsätzlich wenig verändert, allerdings wurde das System im Laufe der Jahrhunderte stets verfeinert bis hin zum weltumspannenden Handel unserer modernen Zeit. Eine Entwicklung, die sich am Handelsplatz Frankfurt besonders gut beobachten lässt. Schon 1150 wird hier eine Messe erstmals erwähnt, sie ist damit eine der ältesten Messen der Welt: Nach der "missa sacra", der Heiligen Messe, werden bei der "missa profana" auf dem Marktplatz Gebrauchsartikel verkauft oder getauscht.

Aus der "profanen Messe" entwickelt sich bald die Warenmesse, deren wirtschaftliche Bedeutung bereits der Staufer-Kaiser Friedrich II. erkennt. 1240 stellt er die Reisenden zu und von den Frankfurter Messen mit Brief und Siegel unter seinen persönlichen Schutz.

Gut 300 Jahre später gibt es einen weiteren, entscheidenden Innovationsschub: Im Spätsommer 1585, kurz vor der Frankfurter Herbstmesse, die in jenem Jahr bereits zum rund dreihundertsten

22

Male stattfindet, ziehen 48 Kaufleute, die zur Messe angereist sind, zum Rat der Stadt. Die Händler sind verärgert, denn die unterschiedlichen Währungen erschweren den Handel und die Preisbildung. Sie fordern, einen "regelmäßigen Wechsel" einzuführen.

Die Ratsherren lassen sich überzeugen, und es entstehen erste Formen des Geld- und Kreditverkehrs. Künftig kommen Frankfurter Kaufleute zusammen und legen Wechselkurse fest, woraus sich wenige Jahrzehnte später die Frankfurter Börse entwickelt. Damit ist der Grundstock für die spätere Entwicklung Frankfurts zur Finanzmetropole gelegt. Von diesem Fundament macht sich die Stadt auf den Weg zu einem der wichtigsten Handels- und Finanzplätze des Kontinents.

Die enge Verbindung des Geldgeschäfts mit dem Warenhandel bleibt bis Mitte des 18. Jahrhunderts bestehen. Bis dahin sorgten Bankiers in Frankfurt, Leipzig oder auch Hamburg für den Transport von Waren zu den Marktorten und finanzierten die notwendigen Vorschüsse für Transportkosten, Zölle und Abgaben. Sie übernehmen den Verkauf von Handelsgut auf Kommission und engagieren sich im Kredit- und Wechselgeschäft.

Börsen und Messen haben sich seitdem immer weiter entwickelt. Dies betrifft sowohl das Volumen und die Qualität der Geld- und Warenströme als auch die Häufigkeit der Begegnungen der Händler und Bankiers an den unterschiedlichsten Orten der Welt. Heute bestimmen beide das Bild der globalen Handels- und Finanzmetropolen.

Mit jährlich 32 000 Messen umspannt die Branche den gesamten Globus, wenn auch die meisten der weltweit 1100 Veranstaltungsorte in Europa liegen. Allein für Deutschland, dem globalen Messeland Nummer 1, schaffen die Messen nach Experten-Schätzung gesamtwirtschaftliche Produktionseffekte von jährlich 23,5 Milliarden Euro, jedes Jahr besuchen bis zu zehn Millionen Menschen 150 internationale Messen in Deutschland, unter denen sich zwei Drittel der global wichtigsten Veranstaltungen befinden. Das ist, regional betrachtet, ein enormer Wirtschaftsschub für Hoteliers und Gastronomen, für Messebauer und für Spediteure, aber auch für den Einzelhandel und für die Verkehrsbetriebe.

Im großen wirtschaftlichen Bild ist die moderne Messe eine unerlässliche globale Plattform für unsere exportorientierte Wirtschaft, wobei sich die Rolle der Messen und damit auch die Aufgaben der Messegesellschaften im Laufe der letzten Jahrzehnte stark verändert haben. Waren Messen früher mehr Verkaufsmärkte und Schaufenster der Exportwirtschaft, so sind sie heute eher Marketing- und Vertriebsformate. Gerade in Zeiten zunehmender Globalisierung ist es für kleine und mittlere Unternehmen wichtig, in den für sie die bedeutenden Wachstumsmärkten präsent zu sein. Als

die Messe Frankfurt in den 1980er Jahren damit beginnt, ihre Leitmessen zu internationalisieren, wird sie belächelt. Noch sprechen wenige von Globalisierung, doch das Unternehmen legt den Grundstein für seine inzwischen weltweite Präsenz, wie die Zahlen von 2014 zeigen: 76 der 120 Messen finden bereits im Ausland statt.

Auch im Internetzeitalter hat das Medium Messe nichts von seiner Bedeutung im Marketing-Mix verloren. Aber die Aussteller wählen sorgfältiger aus, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen. Daher müssen sich Messegesellschaften noch stärker als bisher von Flächenvermietern zu Marktpartnern der Aussteller entwickeln. Als Marktpartner muss der Messemacher jede Veranstaltung immer wieder neu erfinden – unter Berücksichtigung der aktuellen Wirtschaftssituation und der Wünsche der jeweiligen Branche.

Messen sind gelebte Marktwirtschaft, hier funktioniert das freie Spiel zwischen Angebot und Nachfrage, von Transparenz und fairem Vergleich. Hier können Unternehmen ihre Produkte präsentieren, potentielle Kunden überzeugen, sich einen Überblick über die Aktivitäten der Konkurrenz verschaffen und im Vergleich auch neue Ideen für die eigene Produktion gewinnen.

Messen sind Plattformen für die Realwirtschaft, daneben existiert die Finanzwirtschaft. Beide Bereiche sind sich gegenseitig ein Fundament. Und ebenso wie Messen besitzen auch Banken eine dienende Funktion, indem sie für die notwendige, möglichst reibungslose Abwicklung der Geldgeschäfte sorgen, ohne die wir uns den regionalen wie den globalen Handel von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr vorstellen können. Handel und Geld bleiben auch weiterhin unauflöslich eng miteinander verbunden.



Die Frankfurter Festhalle, im Jahr 1908 eröffnet, bietet über 18.000 Menschen Platz. 1909 war die Internationale Luftschiffahrtsausstellung, auf der Zeppeline, Ballons und Flugzeuge bewundert werden konnten, ein erster Höhepunkt. Sie hatte über 1,5 Millionen Besucher.



Global vernetzt

Im Jahr 1150 wurde erstmals eine Messe in Frankfurt erwähnt, somit gilt die Messe Frankfurt als eine der ältesten der Welt. Heute ist die Messe Frankfurt GmbH mit global 28 Tochtergesellschaften einer der weltweit größten Messeveranstalter. Über 2.200 Mitarbeiter erwirtschafteten 2014 einen Umsatz von rund 550 Millionen Euro. Die Stadt Frankfurt (60%) und das Land Hessen (40%) sind die beiden Gesellschafter. Zu den bekanntesten Veranstaltungen zählen die Frankfurter Buchmesse und die Internationale Automobil-Ausstellung IAA.



Wolfgang Marzin, 51, ist seit 2010 Vorsitzender der Geschäftsleitung der Messe Frankfurt. Zuvor hatte der gebürtige Münchner die Messe Leipzig geleitet. Marzin setzt damit die Tradition seines Vaters fort: Werner Marzin leitete 29 Jahre lang mit großem Erfolg die Münchner Messe.

23

Verpasste Chance

Deutsche sind Aktien-Muffel und verschenken damit ein Vermögen



Christine Bortenlänger

Die Aktienkultur in Deutschland muss man leider als deutlich unterentwickelt bezeichnen. Die Zahl der Aktionäre pendelt hierzulande seit Jahren um die neun Millionen. Das heißt: Nur jeder achte Sparer hat Aktien oder Aktienfonds im Depot. Deutschland liegt damit im internationalen Vergleich weit abgeschlagen hinter Großbritannien, Schweden oder gar den USA, wo bis zu 35 Prozent der privaten Anleger in Aktien investieren.

Wer Ende 1995 Aktien kaufte und bis Ende 2010 hielt, erzielte jährliche eine durchschnittliche Rendite von 7,8 Prozent. Die Deutschen dagegen lieben sichere Anlagen, auch wenn diese in der gegenwärtigen Niedrigzinsphase kaum noch eine Rendite oberhalb der Inflationsquote abwerfen. Nach wie vor ist das Sparbuch des Deutschen liebstes Kind, dicht gefolgt vom (zinslosen) Girokonto, und den Lebensversicherungen, deren Garantiezins auf magere 1,25 Prozent gesunken ist. Allein durch die Rettungspolitik der Europäischen Zentralbank verlieren die deutschen Sparer jährlich gut 60 Milliarden Euro. Eine schleichende Enteignung.

Derweilen klettert der deutsche Aktienindex Dax auf neue Höchststände. Lag er inmitten der Finanzkrise vor sechs Jahren noch unter 4.000 Punkten, stieg er inzwischen um das Dreifache auf etwa 12.000 Punkte. Auf einen solch enormen Vermögenszuwachs, wie wir ihn in diesen Jahren erlebt haben, gibt es für Aktionäre selbstverständlich keine Garantie. Jeder Aktionär weiß: Er beteiligt sich an einem Unternehmen und von dessen weiterem wirtschaftlichen Erfolg hängt auch der künftige Wert seiner Aktie ab. Aber auch andere Faktoren

wie die Geldpolitik, politische Unruhen oder die Entwicklung des Ölpreises können die Stimmung am Markt beeinflussen und zu einem Auf und Ab an den Börsen führen.

Die Angst vor möglichen Kursverlusten lässt viele Anleger vor dem Aktienkauf zurückschrecken. Sie ignorieren, dass die Aktie bei langfristiger Anlage stabile Renditen deutlich über der Inflationsrate erzielt und bei kalkulierbarem Risiko die meisten vergleichbaren Sparformen schlägt. Schlimmer noch: Die Aktienabstinenz der Deutschen hinterlässt – nicht nur in Zeiten der Niedrigzinsen – tiefe Spuren in der Altersvorsorge. Würden sie bei der Geldanlage nicht einen so weiten Bogen um die Aktie machen, hätten sie später deutlich mehr Geld auf der hohen Kante.

So lag die langfristige Gesamtrendite am deutschen Aktienmarkt – zusammengesetzt aus Kursentwicklung und Dividende – in der Vergangenheit zwischen sechs und neun Prozent jährlich. Aktien sind damit für den Vermögensaufbau und für die Altersvorsorge grundsätzlich sehr gut geeignet. Doch weil viele Anleger die Risiken der Aktienanlage über- und ihre Chancen unterschätzen, meiden sie die Aktie.

Über verpasste Chance zu jammern, hilft wenig, wichtiger ist es nach vorne zu schauen und sich für die Zukunft besser vorzubereiten. Die Aufgabe der Politik in diesem Zusammenhang wäre es, das Umlageverfahren bei der gesetzlichen Rente zu überdenken. Da sich das Verhältnis von Berufstätigen zu Rentnern immer weiter zu Ungunsten der Berufstätigen verschiebt, werden wir an einem Mehr an kapitalgedeckter Rente und damit an mehr Aktienbesitz der Bürger in Zukunft nicht vorbeikommen. Je früher wir hier die Weichen richtig stellen, desto besser.

Auch im Bereich der ökonomischen Bildung müssen die Weichen neu gestellt werden. Den Bürgern die Grundprinzipien der Geldanlage und das Wis-

sen über allgemeine ökonomische Zusammenhänge zu vermitteln, ist eine wichtige Maßnahme, damit die Deutschen Finanzthemen, also auch Aktien, besser einschätzen können. Der richtige Ort hierfür ist die Schule, weshalb ein Schulfach Ökonomie an allen allgemeinbildenden Schulen dringend notwendig ist.

Abschreckend auf den potenziellen Aktienanleger wirkt aber auch die zuletzt ausufernde Bürokratie bei der Aktienberatung, die den Beratungsprozess der Banken durch Formalien wie Produktinformationsblätter und Beratungsprotokolle komplizierter und teurer gemacht hat. Viele Banken haben sich deshalb aus der Beratung zu Aktien und Aktienfonds zurückgezogen. Ohne die Banken als Wissensvermittler ist aber der Zugang der Anleger zu Aktien noch schwieriger geworden.

Es wäre daher an der Zeit, dass die Politik ein Signal "Pro Aktie" sendet. Dafür muss der Gesetzgeber die Themen kapitalgedeckte Rente und ökonomische Bildung dringend angehen. Kurzfristig sollte die Bundesregierung die Beratungsbürokratie auf ein für Anleger wie Bank vernünftiges Maß herunterschrauben und die steuerliche Diskriminierung der Aktie beseitigen. Es kann nicht sein, dass die Erträge aus festverzinslichen Anlagen nur mit 26 Prozent besteuert werden, während Dividenden einer zweifachen Besteuerung mit im Ergebnis durchschnittlich 48 Prozent unterliegen, weil sie aus dem bereits versteuerten Unternehmensgewinn gezahlt werden.

2009 stellte der Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP noch eine Lösung dieses Problems in Aussicht, die schwarz-gelbe Bundesregierung lieferte aber nicht. Im Vertrag der Großen Koalition von 2013 wird das Wort "Aktie" nur noch ein einziges Mal erwähnt, und das ausgerechnet im Zusammenhang mit der Finanztransaktionssteuer. Man sieht: Für die Aktienkultur in Deutschland gibt es noch viel zu tun. ▲



Sparschwein und Sparbuch sind noch immer der Deutschen liebster Orte für ihr Geld. Auch wenn es dafür keine oder kaum mehr Zinsen gibt und die Inflation am Ersparten nagt.



Auch wenn der Dax beim Crash in den Keller rauscht: Langfristig geht der Kurs der Aktien nach oben.



Dr. Christine Bortenlänger ist seit 2012 Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Aktieninstituts e.V. in Frankfurt. Zuvor leitet sie die Münchner Börse. Die gebürtige Münchnerin ist verheiratet und hat drei Kinder.

Vielfalt

Reichhaltiges Medienangebot – Wettbewerb funktioniert

Siegfried Schneider

ie Meinungsvielfalt ist ein unverzichtbares Gut unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie zu schützen, zählt zu den zentralen Aufgaben der Medienpolitik im Allgemeinen und der Landesmedienanstalten im Besonderen. Dazu gehört es, die Meinungsmacht der Medienkonzerne und der öffentlich-rechtlichen Anstalten über alle Mediengattungen hinweg zu kennen. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) hat deshalb vor drei Jahren den MedienVielfaltsMonitor entwickelt. Dieser ermittelt auf Basis der Nutzerzahlen, welchen Einfluss die Medienangebote von TV, Radio, Zeitungen, Zeitschriften und Internet auf die Meinungsbildung in Deutschland haben.

Die jüngsten Ergebnisse für das zweite Halbjahr 2014, wofür rund 700 meinungsrelevante Medienangebote erfasst wurden, zeigen, dass die Medienlandschaft in Deutschland nach wie vor von großer Vielfalt geprägt ist. Der Anteil des meinungsmächtigsten Angebots, die *Bild-Zeitung*, liegt bei gerade einmal 4,7 Prozent. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die öffentlich-rechtlichen Fernseh-Flaggschiffe *ZDF* und *Das Erste* mit 4,4 und 4,2 Prozent. Die Plätze vier bis neun belegen die privaten Fernseh-Vollprogramme *RTL* (3,5), *Sat.1* (2,9), *Pro7*



(2,0), VOX (1,8), RTL II (1,4) und Kabel eins (1,3). Auf Platz zehn folgt mit dem Nachrichtenportal t-online.de das meinungsmächtigste Internet-Angebot, das immerhin bereits über einen Anteil von 1,1 Prozent verfügt.

Die Ergebnisse des MedienVielfaltsMonitors zeigen, wie vielfältig der Meinungsmarkt in Deutschland ist. Unzählige Special-Interest-, Nischen- oder Spartenangebote bieten hochgradig spezialisierte Informationen für spezielle Zielgruppen. Bleiben die Reichweiten solcher Angebote zumeist auch überschaubar, liefern sie doch einen unverzichtbaren Beitrag zur Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft. Beim bundesweiten Medienangebot liegt aktuell sicherlich kein Konzentrationsproblem vor.

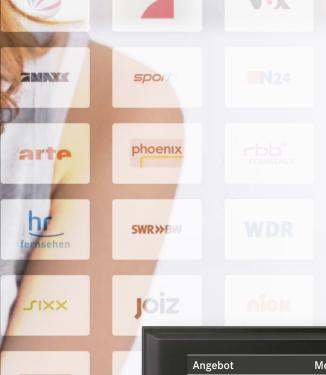
Anders sieht die Situation mancherorts beim Lokalen aus. Hier war die Situation in Bayern bereits Mitte der Achtziger dadurch gekennzeichnet, dass in vielen Landkreisen nur mehr ein Verleger aktiv war und somit ein quasi-Monopol auf lokale Informationen hatte. Die BLM hat von Anfang an ver-

sucht, diese Situation im Rahmen ihres Mandats zur Vielfaltssicherung gezielt zu verbessern. So wurde die Lokal-Radio- und -TV-Landschaft auch für neue Kräfte geöffnet. Bis heute erhalten lokale Spartenanbieter und Zulieferer umfangreiche finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig setzt die BLM Anreize für die Lokalprogramme, Spartenanbieter und Zulieferer in ihr Programm aufzunehmen.

In einem zweiten Schritt prüft der MedienVielfalts-Monitor, welche Unternehmen und öffentlich-rechtlichen Anstalten hinter den Angeboten stehen und wie hoch also die Meinungsmacht dieser Akteure ist. Fasst man auf diese Weise den Einfluss aller Einzelangebote der öffentlich-rechtlichen ARD-Anstalten gattungsübergreifend zusammen, ergibt sich für die ARD insgesamt ein Anteil von 22,4 Prozent. Den zweiten Platz belegt der RTL-Mutterkonzern Bertelsmann, der mit all seinen Medienangeboten insgesamt einen Anteil von 12,4 Prozent an der Meinungsbildung in Deutschland hat. Es folgen die Axel Springer SE (8,5), ProSiebenSat.1-Gruppe (7,8) und das ZDF (7,2). Insgesamt verfügen diese fünf Mediengruppen über knapp 60 Prozent der Meinungsmacht in Deutschland.

Zusammen verfügen ARD und ZDF über einen Anteil von knapp 30 Prozent am Meinungsmarkt. Oder anders formuliert: Die Öffentlich-Rechtlichen zeichnen für knapp ein Drittel der Meinungsbildung in Deutschland verantwortlich. Damit stehen sie in einer hohen Verantwortung bei der Umsetzung ihres gesetzlichen Versorgungsauftrags. Aber auch die drei privaten Medienkonzerne, die zusammen ebenfalls auf einen Anteil von knapp 30 Prozent am Meinungsmarkt kommen, müssen verantwortungsbewusst mit dem Freiraum umgehen, den sie zur Entwicklung nutzen können und sollen. Zur Medienvielfalt tragen aber vor allem die zahlreichen Player aus allen Mediengattungen bei, die sich hinter den verbleibenden 40 Prozent am Meinungsmarkt verbergen. Sie zu fördern und ihnen im Wettbewerb mit den "Großen" faire Entwicklungschancen zu eröffnen, muss oberstes Ziel jeder Medienpolitik bleiben. 🛕

Mit dem MedienVielfaltsMonitor, der seit 2012 halbjährlich erschient, zeigt die Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) den Einfluss von Presse, Funk, Fernsehen und Internet auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung.



Angeb	ot	Mediengattung	Anteil am Meinungsmarkt
-1	Bild	Zeitung	4,7 %
2	ZDF	Fernsehen	4,4 %
3	Das Erste	Fernsehen	4,2 %
4	RTL	Fernsehen	3,5 %
5	Sat.1	Fernsehen	2,9 %
6	Pro7	Fernsehen	2,0 %
7	VOX	Fernsehen	1,8 %
8	RTL II	Fernsehen	1,4%
9	kabel eins	Fernsehen	1,3 %
10	t-online.de	Online	1,1 %



Siegfried Schneider, 59, leitet seit 2011 die Bayerische Landeszentrale für neue Medien. Zuvor war er Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Inzwischen wurde er auch Präsident des Münchner Zweitligisten 1860.

RTLNITRO

einsfestival®

ALJAZEERA





Blickkontakt mit Kurfürst Moritz von Sachsen

Peter Schmalz

em Schatten des großen Vaters konnte auch Cranach der Jüngere nicht entkommen. Doch als dieser über ihn kam, verspürte der Malersohn kein Ungemach darüber, lag doch seine eigene Beerdigung da schon Jahrhunderte zurück. Als der hochangesehene und höchst erfolgreiche Künstler. Ratsherr und Unternehmer 1586 in der Wittenberger Stadtkirche beigesetzt wurde, sprach der Leichenprediger ein Lob aus, in dem zugleich ein Grund verborgen war, weshalb der jüngere weithin vergessen wurde und hinter dem älteren verschwand: Seine Handschrift sei "ununterscheidbar" von der des Vaters gewesen. Noch heute debattieren Kenner bei manchen Werken darüber, ob Vater oder Sohn den Pinsel führte.





Seltenes Selbstbildnis des Künstlers als Mundschenk beim Abendmahl der Reformatoren.

Und so sollten seit seiner Geburt 500 Jahre verstreichen, ehe das sachsen-anhaltinische Wittenberg in diesem Sommer die "weltweit erste Ausstellung zu Lukas Cranach der Jüngere" präsentiert, wie die Ausstellungsmacher stolz annoncieren. Der Vater, im später namensgebenden oberfränkischen Kronach geboren, siedelte 1505 als Hofmaler des sächsischen Kurfürsten nach Wittenberg über, wo er fortan eine florierende Malwerkstatt führte und der künstlerische Propagandist von Martin Luther wurde. Sohn Lucas, 1515 dort geboren, entfaltete rasch vielfache Talente: Als Maler, der zum gefragten Renaissance-Porträtisten wurde, als geschickter Ratsherr, der zum Bürgermeister aufstieg, als gewiefter Unternehmer, der als reichster Mann der Stadt starb. Selbst bei seinen beiden Ehen hatte er ein den Wohlstand mehrendes Herz.

Machte der Vater den Reformator Luther bis ins Volk hinein bekannt, sah sich der Sohn in der Pflicht, Luther und dessen Mitstreiter Philipp Melanchthon als die beiden Säulenheiligen der neuen Religion zu verankern. Die Cranach-Schau im einfühlsam sanierten Augusteum zeigt die Beiden in überlebensgroßen und anspruchheischenden Gemälden ebenso wie als religiöse Figuren beim Abendmahl am Tisch des Herrn. So auch beim Dessauer Abendmahlsbild, dessen Mundschenk als eines der wenigen Selbstporträts des jüngeren Cranach gilt.

Die gut 100 Werke zeigen ein gewaltiges Oeuvre von großer Weite. Vom propagandistischen "Weinberg des Herrn", der selbstverständlich nur auf lutherischer Seite gedeiht, zu anmutig lebendigen Porträts Adeliger und wohlhabender Bürger und der verführerisch nackten Venus bis zu einem Höhepunkt, der allein die Reise nach Wittenberg lohnt: 13 Blätter mit Porträtskizzen von solcher bezaubernder Qualität, dass sie auch schon Dürer zugeschrieben wurden. 100 Jahre nach ihrem Entstehen kamen sie über Paris nach Reims, wo sie im Museum der Schönen Künste aufbewahrt und sehr selten gezeigt werden.

Cranachs 500. Geburtstag lässt eine Vielzahl von Ausstellungen sprießen, auch in Kronach und Nürnberg, meist wird aber doch der Ältere gezeigt. In Wittenberg, wo in zwei Jahren das 500. Jahr des Thesenanschlags gefeiert wird, und im nahen Dessau sowie im Gotischen Haus von Wörlitz aber gibt es einen der ganz großen Meister neu zu entdecken.

Lucas Cranach der Jüngere – Entdeckung eines Meisters, Augusteum Wittenberg. Eintritt 8 €. Bis 1. November.

Kaiser, Krieg und König

Landesausstellung in Ingolstadt: Wie Bayern Königreich und Europas modernster Staat wurde

Richard Loibl

Die Geschichte, wie Bayern Königreich und moderner Staat wurde, erfüllt alle Voraussetzungen für einen Gründungsmythos: Bayern, bedroht vom machthungrigen Nachbarn Österreich, David gegen Goliath, der Illuminat mit seinem geheimen Plan, erzwungene Hochzeit und leidenschaftliche Liebe, glorreiche Siege und fürchterliche Niederlagen, trotz allem ein glückliches Ende und am Anfang Napoleon Bonaparte als die Lichtgestalt. Welch ein Epos!



30

Dennoch blieb der Mythos unkonstruiert. Nicht einmal das Bayerische Fernsehen brachte eine Spielfilmfolge zustande, dahoam blieb dahoam. Obwohl schon 1809 Johann Christoph von Aretin eine vielbeachtete politische Schrift verfasste, die das Bündnis Bayerns mit Frankreich rechtfertigte: Napoleon habe die besten Errungenschaften der Französischen Revolution nach Deutschland gebracht, die Gleichheit Aller vor dem Gesetz, Gewissens- und Meinungsfreiheit, Leistung vor Abstammung. Sofort erhob sich Widerspruch. Wichtiger als all das sei die Deutsche Nation, an der sich Bayern versündige. Die Brille des deutschen Nationalismus wurde aufgesetzt.

Dass die Geschichte Bayerns in der Napoleonischen Ära durchaus eine Erfolgsgeschichte war, wurde erst spät herausgestellt, als die Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber das Ziel formulierten, Bayern zum modernsten Staat Europas zu formen. Ein modernes Staatswesen hatten sich bereits Bayerns erster König Max I. Joseph und sein Minister Montgelas vorgenommen. Und die aktuelle Kampagne seines heute amtierenden Nachfolgers Markus Söder heißt "Montgelas 3.0".

Gewaltig allerdings war der Preis, der für Krone und modernen Staat zu zahlen war. Die Staatsschuld erhöhte sich von 1799 bis 1815 von 15 auf über 200 Millionen Gulden. Im Grunde war Bayern nach der Napoleonischen Ära latent bankrott. Kaum zu beziffern ist der Verlust an Menschenleben. Sehr vorsichtig geschätzt fielen in den Napoleonischen Kriegen 50.000 bayerische Soldaten. Hinzu kommen die Opfer in der Zivilbevölkerung, die durch Truppendurchzüge, Seuchen und Hunger massiv betroffen war. Prozentual auf die Einwohnerzahl umgesetzt könnte der Blutzoll der Napoleonischen Zeit höher gewesen sein als derjenige des Ersten Weltkrieges.

Das Zeitalter Napoleons bedeutete für Bayern 24 Jahre Kriegszustand. Viele Zeugnisse künden von den Schicksalen der Menschen in dieser Zeit. Aus heutiger Sicht nur schwer nachzuvollziehen sind die Dokumente der Veteranen. Etwa das Tagebuch des Dragoners Peter Scheicher aus Neubeuern bei Rosenheim. Darin berichtet er, dass von den vielen Hundert Regimentskameraden, die mit ihm an den Feldzügen seit 1808 teilnahmen, nur zwei überlebten. Trotzdem bewahrte Scheicher Napoleon ein verklärendes Andenken. Lorenz Gerhauser, Brauer, Wirt und Bürgermeister der Stadt Aichach, wird die Geschichte anders gesehen haben. Von 1796 bis 1802 musste er 1.700 Offiziere, 11.200 Soldaten und 11.241 Pferde einquartieren. Als Folge dieser Last, für die er nie entschädigt wurde, musste er Brauerei und Gasthaus verkaufen. Die Quartiersscheine hat er aufgehoben und zu einem Gesamtkunstwerk vereint. Und vom Schicksal der Theresia Karl zeugen dagegen nur zwei Taufeinträge in den Kirchenbüchern von Peiting bei Weilheim: 1798 war sie von einem österreichischen und 1801 von einem französischen Soldaten vergewaltigt worden. Zweimal wurde sie schwanger.

Am 24. Oktober 1805 zog Napoleon in München ein. Er ließ die Szene triumphal malen: Napoleon im Zentrum, ein Kind eilt ihm aus der jubelnden Menge freudig zu. War es so gewesen? Von den Franzosen erhoffte man Besseres als von den Österreichern. Andererseits war von einer Armee nie Gutes zu erwarten. Vielleicht hat der französische Gesandte Otto die Stimmung auf den Punkt gebracht: "Man fürchtet gleichermaßen, uns zu sehen und uns nicht zu sehen..." Dem Kaiser eilte jedenfalls ein gewaltiger Ruf voraus, als Sieger der Schlachten bei den Pyramiden und Marengo, Bezwinger der Österreicher bei Ulm. Nur wenige wussten, dass Napoleon ein Meister der Propaganda war, der Niederlagen zu Siegen umzudeuten und Unterwerfung mit dem Deckmantel der Freiheit zu kaschieren verstand.

Wenige Wochen vor dem Auftritt des Kaisers in München stand alles auf des Messers Schneide. Österreich übte gewaltigen Druck auf Bayern aus, um es an seine Seite zu zwingen. Was war von einem Bündnis mit Österreich zu erwarten? Die Habsburger verfolgten seit langem das Ziel, sich Bayern einzuverleiben. Aufgrund solcher aggressiver Politik Österreichs wie Preußens bot das Heilige Römische Reich Deutscher Nation kaum mehr Schutz. Im Grunde konnte der bayerische Kurfürst auf österreichischer Seite nur verlieren, auf französischer nur gewinnen.

In einer diplomatischen Glanzaktion simulierten Kurfürst und Minister den Österreichern guten Willen, hielten die bayerische Armee soweit wie möglich von ihnen fern und schlossen im letzten, aber genau richtigen Moment das Bündnis mit Frankreich. Bei der Dreikaiserschlacht von Austerlitz im Dezember 1805 deckte die bayerische Truppe der Grande Armée den Rücken und konnte sich als Sieger feiern.

Napoleon zeigte sich gegenüber seinem Verbündeten großzügig. Bayern sollte ein starkes Gegengewicht zu Österreich bilden. Sein territorialer Bestand wur-

de bis 1808 soweit erweitert, dass es von Bamberg über Augsburg und Trient bis zum Gardasee reichte. Außerdem winkte Napoleon mit der Königskrone. Dafür forderte er die Hand der bayerischen Prinzessin Auguste Amalie für seinen Adoptivsohn Eugène de Beauharnais. Die angehende bayerische Königin Karoline weinte bittere Tränen um ihre Stieftochter, die man einem Emporkömmling in die unstandesgemäße Ehe geben musste.

Am 13. Jänner 1806, wenige
Tage nach der Proklamation
des Königreiches Bayern, fand
die Ziviltrauung in Gegenwart
des Kaisers und der Kaiserin in der
Münchner Residenz statt. Diese Hochzeit
ersetzte gewissermaßen die Krönung. In Paris hatte
man zwar für sagenhafte 60.000 Gulden eine Krone
bestellt, doch das teure Stück war nicht rechtzeitig
eingetroffen. Nachgeholt wurde diese Zeremonie →



Geschickt taktiert und König geworden: Kurfürst Max IV. Joseph wechselte von den Habsburgern zu Napoleon, worauf Bayern 1806 zum Königreich erhoben und der Regent als Max I. Joseph erster bayerischer König

Bayerische Landesaustellung "Napoleon und Bayern", Neues Schloss Ingolstadt, bis 31 Oktober. Eintritt 9 €, Katalog 24 €.



Mit der weißblauen Trommel, verziert mit dem neuen Königswappen, zogen die bayerischen Infanteriesoldaten 1812 in den Russlandkrieg

übrigens nie, auch fortan ließen sich die bayerischen Könige nicht krönen, sondern schworen stattdessen auf die Verfassung; ein einmaliger Vorgang im kontinentalen Europa.

Bayern war durch Napoleon ein Flächenstaat geworden, der König und seine Minister konnten durchregieren bis in die Städte und Bauerndörfer. Die Säkularisation der bayerischen Klöster, denen über die Hälfte der Bauernhöfe gehört hatte, machte es möglich. Selbst der Adel verlor wichtige Gerichtsprivilegien. Die alten Reichsstädte vor allem in Schwaben und Franken wurden großenteils ihrer Selbstverwaltungsrechte beraubt. Montgelas setzte nach franzö-

sischem Vorbild auf Zentralisierung und auf eine Beamtenschaft, die ihre Posten nicht mehr als Pfründe erwarb, sondern durch Qualifikation.

Zunächst jedoch wurden die Staatsbeamten mehr gefürchtet als geschätzt. Der erste Kontakt erfolgte vielfach über die Auslosung der Rekruten im Alter ab 16 Jahren. Das Losverfahren, als Zeichen der Gleichheit aller vor dem Gesetz gut gemeint, wurde als russisches Roulette begriffen und sorgte für lokale Aufstände. Zumal die vorgespielte Gleichheit auch nicht alle betraf, weil manche vor dem Gesetz gleicher waren.

Bei Eggmühl und Wagram hatte der Kaiser 1809 noch einmal über die Österreicher triumphiert – mit tatkräftiger Unterstützung der Bayern. Und doch sank ihr Ansehen bei Napoleon. Den Aufstand in Tirol hatten die Bayern nicht niederschlagen können. Erst die französischen Truppen brachten die Entscheidung. Im Februar 1810 wurde Andreas Hofer in Mantua auf Befehl Napoleons hingerichtet. Entscheidend war das Bündnis, das Napoleon mit Österreich einging. Dafür trennte er sich von seiner großen Liebe Josephine und heiratete die Habsburgerin Marie Louise. Damit brauchte er Bayern als Bollwerk gegen Österreich nicht mehr.

Wenn es wenigstens Frieden gebracht hätte. Das System Napoleon war aber nur im Krieg zu erhalten. 1812 trat der nächste Bündnisfall ein – der Feldzug gegen Russland. Er endete im Untergang der Großen Armee. Die meisten Soldaten fielen nicht in der Schlacht, sie starben an den Strapazen der Gewaltmärsche, an Unterversorgung, Krankheit und am Ende an der Kälte. In Bayern blieb diese katastrophale Niederlage lange im kollektiven Gedächtnis.

Der Stern Napoleons sank. In München drängten Kronprinz Ludwig, ohnehin dem Franzosen-Kaiser zutiefst abgeneigt, General Wrede und sogar Montgelas auf den Bündniswechsel. Nach langem Zögern unterschrieb der König am 8. Oktober 1813 das Bündnis mit Österreich. Zuvor benachrichtigte er Napoleon, dass dieser Schritt unausweichlich sei. Der Kaiser tobte, anerkannte aber schließlich "die Redlichkeit" des bayerischen Vorgehens.

Die noch im Verband der Grande Armée stehenden bayerischen Truppen wurden ehrenvoll entlassen. Der französische Offizier d'Artois schrieb dazu: "Die Garnison sah sich so einer Eliteeinheit beraubt,... Die Bayern, von Natur aus Freunde der Franzosen, mit denen sie an Ruhm wetteiferten, hatten durch ihre Anzahl und ihre Disziplin einen entscheidenden Einfluss auf die anderen deutschen Truppen ausgeübt; in gewisser Weise waren sie der Kern, ... um den sich all die Korps des Rheinbundes scharten, ..."

Adieu Napoleon – Bayern mobilisierte sein letztes Aufgebot, um an Gewicht im Konzert der Napoleon-Gegner zu gewinnen. 50.000 Mann brachte Wrede zusammen. Darunter erstmals Husarenverbände, die Freiwillige mit besonders prächtigen Uniformen lockten. Die Pferde mussten sie jedoch selbst mitbringen. Im Land gab es nur mehr wenige Rösser, die erfolgreich vor der bayerischen Beamtenschaft hatten versteckt werden können.

Bei der Völkerschlacht von Leipzig im Oktober 1813 waren die Bayern zwar nicht beteiligt, standen aber auf der Seite der Sieger. Bei Hanau wollte Wrede die Feuertaufe nachholen und verlegte den Franzosen den Rückzug. Unvermittelt stand er dabei dem Kaiser selbst gegenüber, der den Durchbruch erzwang. Der Kommentar Napoleons: "Armer Wrede, ich habe ihn zum Grafen ernannt, aber einen Feldherren konnte ich nicht aus ihm machen."

Letztlich gehörte aber Wrede zu den Siegern und Napoleon zu den Verlierern. Endgültig geschlagen wurde er in Waterloo im Juni 1815. Bei den Verhandlungen des Wiener Kongresses gewann Bayern in dem österreichischen Außenminister Graf Metternich, der auf Bayern Hoffnungen als Gegengewicht zu Preußen im neuen Deutschen Bund setzte, zwar einen neuen Fürsprecher. Doch er konnte dann

nicht über seinen und den Schatten seines Kaisers springen und nahm Bayern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und das Innviertel.

Dank Napoleon war Bayern aber auf dem Weg zum modernen Verfassungsstaat, der neue und alte Bayern bald nicht mehr durch Zentralisierung, sondern durch Liberalität, Proporz und Subsidiarität integrierte. Im Deutschen Bund gehörte Bayern nach Österreich und Preußen zu den Führungsmächten. In seiner lockeren



Eine Totentafel erinnert an den Huber Hans, der in Russland gefallen ist. Wie fast alle der einst 30.000 bayerischen Soldaten, die mit Napoleon nach Moskau marschiert sind. Nur ieder Zehnte kehrte zurück.

vorföderalen Struktur entsprach der neue Bund der politischen und kulturellen Vielfalt Deutschlands. Metternich sah in ihm den Garanten für den Frieden Europas, der höher zu gewichten sei als die nationale Einheit. Der Deutsche Bund brachte dann auch ein halbes Jahrhundert Frieden. Nach den Napoleonischen Kriegen brauchte man nichts dringender.

gemusterten und tauglichen jungen Burschen einfinden. Ein Griff in den Sack mit den Losen entschied, ob man für acht Jahre zum Militärdienst musste, der in napoleonischen Kriegszeiten für Zehntausende den Tod bedeutete.

Das Los entschied: Zur

"Ziehung" mussten die



Dr. Richard Loibl, 49, ist Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte mit Sitz in Augsburg. Der gebürtige Straubinger ist auch verantwortlich für die Ausstattung des künftigen Museums der Bayerischen Geschichte, dessen Grundstein kürzlich in Regensburg gelegt wurde.

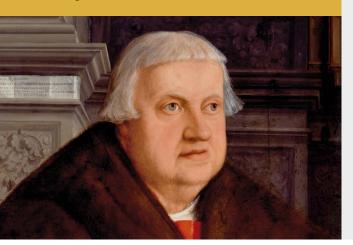
32



2015 ist für das Peutinger-Collegium ein außergewöhnliches Jahr: Vor 550 Jahren, genau am 14. Oktober 1465, wurde Namenspatron Konrad Peutinger in Augsburg geboren. "Dieses besondere Ereignis", so Peutinger-Präsident Bernd Grottel, "feiern wir mit einem großen Festakt im Goldene Saal des Augsburger Rathauses."

Der Jurist und Humanist war als Augsburger Stadtschreiber einer der einflussreichsten Politiker der Reichsstadt während der Reformationszeit. Er war Berater zweier Kaiser und rang mit Martin Luther um die Einheit der katholischen Kirche.

Zur Feier, die am Dienstag, 13. Oktober, in Augsburg stattfinden wird, kommen hohe Gäste, darunter Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl. Der frühere Vizepräsident des Europäische Parlaments, Ingo Friedrich, wird mit der Goldenen Peutinger Medaille ausgezeichnet.





Engagiert und zuverlässig

Junge Peutinger besuchen Wohngruppe junger Flüchtlinge

Minderjährige Flüchtlinge ohne Eltern oder andere Verwandte leiden ganz besonders unter dem Erlebten. Ihre meist monatelange Flucht durch verschiedene Länder, unter großen Entbehrungen und oft lebensbedrohlichen Umständen mit traumatischen Erlebnissen, hat tiefe Spuren in den Seelen der jungen Menschen hinterlassen.

Beim Verein für Sozialarbeit in München haben Junge Peutinger (Bild oben) eine Wohngruppe dieser jungen Flüchtlinge besucht. Für alle war es ein bewegendes Treffen. "Es ist wichtig zu verstehen", betonte Betreuerin Katharina Schmid, "dass kein Mensch freiwillig flieht und dass hinter jeder Flucht eine ganz persönliche Geschichte steht." In den Wohngruppen finden die Flüchtlinge erstmals wieder eine menschenwürdige Unterkunft und eine auch pädagogisch sinnvolle Betreuung. Sehr beeindruckt waren die Gäste über die Zuversicht und Zukunftshoffnung der Jugendlichen. "Zu sehen, wie die jungen Menschen, die das Schicksal sehr hart getroffen hat, sich für eine bessere Zukunft einsetzen, ist wirklich bewegend", meinte Ruth Peters. "Zugleich ist aber das Eingemengt der Mitarbeiter hier beeindruckend und zeigt ein hohes soziales Verantwortungsbewusstsein."

In einem lebhaften Dialog erläuterte Roland Schöfmann, der Leiter der Wohngruppe, den Jungen Peutingern die rechtlichen Grundlagen, zum Beispiel welche Folgen für den Einzelnen der jeweilige Flüchtlings-Status hat. Gesprochen wurde auch über die zahlreichen und oft schwierigen Besuche beim Münchner Kreisverwaltungsreferat, die für die Flüchtlinge meist mit großem Stress verbunden sind. "Man kann sich gar nicht vorstellen, wie neu unser System in Deutschland für diese jungen Menschen aus einer anderen Kultur sein muss", resümierte Lukas Köhler. "Ich habe tiefen Respekt vor ihnen."

Einblicke gab es auch in den Alltag der Jugendlichen in der Wohngruppe, der größtenteils vom Schulbesuch und den damit zusammenhängenden Aufgaben bestimmt ist. Darüber hinaus suchen sie Nebenjobs und Ausbildungsplätze. Katharina Schmid: "Viele Einrichtungen und Betriebe freuen sich, wenn sich unsere Jugendlichen bewerben, Sie sind engagierte und zuverlässige Mitarbeiter." Daneben sind die Freizeitbeschäftigungen aller Art für die meisten Flüchtlinge ein neues und höchst erfreuliches Erlebnis. Ziel der Einrichtung ist es, den "UMFs" viel Eigenständigkeit zu ermöglichen, um so Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu fordern und zu fördern. Denn letztlich stehen diese Jugendlichen vor derselben Aufgaben wie alle anderen Jugendlichen auf der Welt auch: dem Erwachsenwerden. Allerdings unter besonderen Umständen, die meist mit immensen Leiderfahrungen verbunden sind.

Gesprochen wurde auch über den hohen Druck, unter dem die verschiedenen Träger dieser Wohngruppen arbeiten müssen, denn auch hier gilt allzu oft: Hohe Leistungen mit möglichst niedrigem finanziellen Mitteln. Dennoch zeichnet sich München, das wurde an diesem Abend klar, durch eine gute Infrastruktur für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus. ▲

Salzburger Rekord

Die bewegte und bewegende Geschichte der Salzburger Festspiele schilderte im vergangenen Herbst Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler dem Peutinger-Collegium in München. Zu Pfingsten folgten nun 21 Peutinger-Mitglieder

ihrer Einladung und erlebten eine großartige Aufführung der Gluck-Oper "Iphigenie auf Tauris". Dem Kunstgenuss folgte eine besondere Ehre: Präsidentin Rabl-Stadler (auf unserem Bild gemeinsam mit Peutinger-Präsidiumsmitglied Christian Geissler) lud in der Pause zu einem kleinen Empfang auf die Empore des Karl-Böhm-Saales. Die Hausherrin konnte berichten, dass bei neuem Besucherrekord alle Vorstellungen ausverkauft sind.



Global gerüstet

Die Finanzkrise ist noch immer nicht überwunden, mahnt Deutsche-Bank-Vorstand Jürgen Fitschen beim exklusiven Peutinger-Abend in den Räumen der Deutschen Bundesbank in München. "Ich habe zu Beginn der Krise gesagt, sie dauere fünf Jahre und wurde damals als Pessimist bezeichnet, doch ich war zu optimistisch. Es wird wohl eine Generation brauchen, sie zu überwinden." Trotz einiger Turbulenzen in der Vergangenheit sieht Fitschen die Deutsche Bank als eine der wenigen europäischen Banken gut gerüstet für den immer härteren globalen Wettbewerb. Allerdings müsse die europäische Politik darauf achten, die durchaus notwendige Regulierung nicht zu übertreiben und den Banken ausreichend Freiheit zu erhalten.







Fröhlich und standfest

Seinen rheinischen Schalk bringt Wolfgang Bosbach auch mit nach München und erzählt launig über den Berliner Politik-Betrieb, dem er selbst seit über zwei Jahrzehnten angehört. Schon sechsmal hat der CDU-Politiker seinen Wahlkreis direkt gewonnen. Jetzt ist er Vorsitzender des wichtigen und einflussreichen Bundestags-Innenausschusses. Für ihn sind in einer Demokratie Freiheit und Sicherheit untrennbar verbunden. Bosbach macht auch keinen Hehl daraus, dass er immer neue Hilfskredite für Griechenland für einen Fehler hält. Sollte der Bundestag über ein drittes Hilfspaket abstimmen müssen, werde er – wie schon beim zweiten Hilfspaket – dagegen stimmen. Notfalls auch gegen die Mehrheit seiner Fraktion.







Triebwerke der globalen Wirtschaft

Gerade in Zeiten zunehmender Globalisierung ist es für kleinere und mittlere Unternehmen wichtig, auch auf den Märkten der Welt präsent zu sein. Und dafür, so Werner Marzin bei seinem Peutinger-Vortrag im Bayerischen Hof, bieten die Messen optimale Plattformen zur Präsentation. Der gebürtige Münchner muss es wissen: Sein Vater Werner Marzin baute die Münchner Messe zu einem globalen Schaufenster aus, er selbst war Chef der Leipziger Messe und ist jetzt Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Frankfurt. "Messen", sagt Marzin, "sind die Triebwerke der globalen Wirtschaft." Auch im Internet-Zeitalter habe das Medium Messe nichts von seiner Bedeutung verloren.







PEUTINGER-COLLEGIUM ——











Gastredner Jürgen Fitschen, Peutinger-Präsident Dr. Bernd Grottel und Peutinger-Präside Dr. Klaus Leipold (Bild 2).

Marc Starzmann, Mitglied er Geschäftsleitung der Commerzbank AG (Bild 3).

Markus Pflitsch, Managing Director Avantgarde (Bild 4).

Peutinger-Conventor Masako Stroke (Bild 5).

Begrüßte als Hausherr den Gast aus Frankfurt: Klaus Jakob, Regionalbereichsleiter Banken und Finanzaufsicht der Deutschen Bundebank (Bild 6).

Ulrich Netzer, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes (Bild 7).

Thomas Gyöngyösi, Family-Wealth-Leiter beim Bankhaus Carl Spängler & Co.AG (Bild 8).

Carl Wrede, Managing Director der UBS Deutschland AG (Bild 9).

Dr. Ingo Friedrich, Mitglied des Europäischen Parlaments und Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats (Bild 10).













Ein standhafter Demokrat: Wolfgang Bosbach, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses (Bild 1).

Begrüßt den Gast aus Berlin: Peutinger-Präside Dr. Klaus Leipold (Bild 2).

Dr. Helmut Stingl, Facharzt für Oralchirurgie und Dr. Wilhelm Knittel L.L.M., Staatssekretär a.D. im Bundesverkehrsministerium (Bild 3).

Klaus Kaiser, Präsident des Europa Club München (Bild 4).

Rechtsanwalt Dr. Axel Heublein (Bild 5).

Dankt für einen eindrucksvollen Vortrag: Peutinger-Präsident Prof. Dr. Bernd Grottel (Bild 6)

Bankdirektor i.R. Dieter Kielmann und Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG (Bild 7)

Dipl.-Ing. Gerhard Duschl, Geschäftsführender Gesellschafter der Duschl Ingenieure GmbH & Co KG (Bild 8).

Diskussion mit dem Gast aus Berlin: Gerhard Duschl, Geschäftsführender Gesellschafter der Duschl Ingenieure GmbH & Co. KG (Bild 8) und Prof. Dr. Franz Josef Gießibl von der Universität Regensburg (Bild 9)











"Die moderne Messe ist die globale Plattform für unsere exportorientiere Wirtschaft": Wolfgang Marzin, Vorsitzender Messe Frankfurt GmbH (Bild 1).

Peutinger-Präside Christian Geissler begrüßt den Gast aus Frankfurt (Bild 2).

Rechtsanwalt Dr. Kuno Wilhelm und Zahnarzt Dr. Helmut Stingl (Bild 3).

Dr. Hans-Alexander von Benckendorff, Geschäftsführer der MC Management Consult Unternehmensberatung GmbH (Bild 4).

Rechtsanwalt Jens Mangers, Avoccato Stabilito (Bild 5).

Rechtsanwalt Dr. Dietrich Lubeseder und Patentanwalt Alexander Beck (Bild 6).

Junges Trio: Daniel Pumpe, Student am Max-Planck-Institut für Astrophysik, Florian Lampersberger, Mitarbeiter an der Hochschule für Philosophie, und Marina Lessig, Vorstand des Münchner Kreisjugendrings (Bild 7).

DH-ImmoConsult-Geschäftsführer Wilfried Hake und Elke Erdmann, Geschäftsführende Gesellschafterin der Kreditversicherungsmakler GmbH (Bild 8).

Europas große Chance

Mit Leidenschaft argumentiert Friedrich Merz auch beim Peutinger-Abend im Hotel Westin Grand für das Freihandelsabkommen mit den USA. Der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und heutige Vorsitzende der Atlantik-Brücke ist fest davon überzeugt: "TTIP wird ein Erfolg nicht nur für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. TTIP ist die vielleicht letzte große Chance, dass Europa und Amerika gemeinsam weltweite Standard setzen." Scheitert das Abkommen, so befürchtet Merz, würden diese Standards künftig von China und Indien gesetzt. TTIP helfe auch, mit Amerika ein tragfähiges und politisch gefestigtes Fundament für eine stabile Friedens- und Freiheitsordnung zu schaffen.







Die teure Angst der Deutschen

Die Deutschen haben eine Scheu vor den Aktien, beklagt Dr. Christine Bortenlänger, einst Chefin der Münchner Börse und heute Geschäftsführender Vorstand des Frankfurter Aktieninstituts. Eine Scheu, die sie teuer bezahlen: "Aus Angst vor möglichen Kursverlusten ignorieren sie, dass die Aktie langfristig stabile Renditen deutlich über der Inflationsrate erzielt und bei kalkulierbarem Risiko die meisten vergleichbaren Sparformen schlägt." Besser als die meisten Alternativen seien Aktien auch eine gute Anlage für die Altersvorsorge. Deshalb, so Dr. Bortenlänger, sollte schon in der Schule die Grundprinzipen der Geldanlage und das Wissen über ökonomische Zusammenhänger vermittelt werden.







Gefahren aus dem Netz

Die Digitalisierung, so der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik, Michael Hange, biete ökonomische sowie gesellschaftliche Potentiale, auf die ein hochentwickeltes und industrielaisiertes Land wie Deutschland nicht verzichten kann. Doch die millionenfachen Identitätsdiebstähle von Bürgern, Meldungen zu Cyber-Angriffen auf Wirtschaftsunternehmen und nicht zuletzt die Snowden-Enthüllungen haben weit über die Expertenebene hinaus das Bewusstsein der Verletzbarkeit im Cyber-Raum deutlich gemacht. Gegen diese aktuelle Gefahr müssten Staat, Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Doch auch der einzelne Bürge müsse sich besser schützen gegen Attacken aus dem Netz.







PEUTINGER-COLLEGIUM ——











"Freihandelsabkommen TTIP wird ein großer Erfolg für die deutsche Wirtschaft": Friedrich Merz, Ex-CDU-Politiker, Rechtsanwalt und Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V. (Bild 1).

"Schade, dass Sie nicht mehr in der Politik sind: Peutinger-Präside Robert Salzl bei seiner Begrüßung (Bild 2).

Prof. Dr. Bernhard Servatius, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender des Axel Springer Verlags (Bild 3).

Dr. Arnulf Brandstetter, Vorstandsvorsitzender a.D. (Bild 4).

Regierungssprecherin Daniela Philippi aus der Bayerischen Staatskanzlei und MAN-Manager Rudolf von Haniel (Bild 5).

Wenn Friedrich Merz kommt, sind die Säle voll. So auch beim Peutinger-Abend im Münchner Westin Grand (Bild 6).

Business-Mediator Barbara Zitzmann (Bild 7).

Oliver Hiltscher, Mitglied der Geschäftsleitung von Novethos Financial Partners (Bild 8).









Deutsche sind Aktien-Muffel: Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Aktieninstituts e.V. in Frankfurt (Bild 1).

Consulting Christine Gärtner, Mitglied des Großen Rates, Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, und Peutinger-Schatzmeister Dr. Marcus Lingel, persönlich haftender Gesellschafter der Merkur Bank KGaA (Bild 2).

Rechtsanwalt Florian Roetzer, Bankdirektor a.D. Johann Freundl und Dr. Ulrike Dambmann (was ist sie?) (Bild 3).

Geschäftsführerin Sandra Richter von der znt Management Holding GmbH und Rechtsanwalt Prof. Hermann Mayer (Rild 4)

Jan de Meer, Technischer Vorstand smartspacelab.eu GmbH (Bild 5).

Rechtsanwalt Peter Därr und Direktorin Andrea Fuchs von der deutschen Bank AG (Bild 6).

Polizeidirektor Ulrich Rothdauscher, Mitglied des Großen Rates (Bild 7).











"Wir brauchen mehr Sicherheit im Netz": Michael Hange, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik (Bild 1).

Claudia Zeimes, Bayerngas GmbH, und Dr. Gabriele Maria Jahn, Managerin der Linde AG (Bild 2).

Patentanwalt Dr.-Ing. Ernst Fischer und Dr. Matthias Prinzler aus dem Bayerischen Staatsministerium des Innern (Bild 3).

Chefarzt Prof. Dr. med. Berthold Höfling (Bild 4).

Elena Davydova, Geschäftsführerin der brainmate GmbH und Unternehmensberater Dr. Uwe Janssen (Bild 5).

Hans-Joachim Hof ruft seine Schäflein zusammen (Bild 6).

Nachgefragt: Rechtsanwalt Alexander Grundner-Culemann (Bild 7).

CEO der brainmate GmbH Dr. Helmut Fluhrer, Journalist Dr. Norbert Linz und NHO-Spezialist Prof. Dr. Dr. Thomas Wustrow (Bild 8).

Erfrischung nach intensiven Gesprächen (Bild 9).

Veranstaltungen

Vorschau 2015



Montag, 27. Juli 2015 Prof. Dr. Gerhard Haszprunar Generaldirektor Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns, Direktor Zoologische Staatssammlung München



Vorschau 2016



Dieter Reiter Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München



Dienstag, 15. September 2015 **Peutinger-Collegium Jahresmitgliederversammlung**



Frank-Jürgen Weise Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit



Dienstag, 13. Oktober 2015 550 Jahre Konrad Peutinger Festakt in Augsburg



Dr. Richard Loibl Direktor des Hauses für Bayerische Geschichte



Mittwoch 28. Oktober 2015 Energiekonferenz



Dr. Johannes-Jörg Riegler Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank



Mittwoch, 10. November 2015 **Prof. Rupert Stadler** Vorstandsvorsitzender AUDI AG



Wolfgang Kubicki Stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage www.peutinger-collegium.de beachten!

Impressum



eutinger

Redaktion

Peter Schmalz (Chefredakteur) Thomas Breitenfellner Michael Weiser Farchanter Straße 35 81377 München peter.schmalz@gmx.net Leserbriefe an die Redaktion

Herausgeber

Peutinger-Collegium e.V. Geschäftsstelle c/o MERKUR BANK KGaA Baverstr. 33 80335 München info@peutinger-collegium.de www.peutinger-collegium.de

Gestaltung/Realisierung/ Anzeigen/Druckunterlagen Herbert Schmid

HS Grafik- und Kommunikationsdesign Vierkirchener Straße 2 85256 Vierkirchen/Giebing hs.herbert.schmid@freenet.de

REPRODUKT digital GmbH Stahlgruberring 20 81829 München

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten



wirsind den Menschen Verpflichtet:

50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld. Sondern

Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des

Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen

von morgen, weil wir

an Sie und die ZUKUNFt glauben. schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-APP. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf www.sparkasse.de Sparkasse.de wenn's um Geld 9eht-Sparkasse.



Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER

VERSICHERUNGSGRUPPE seit 1884